

Strategie der Aussenbeziehungen 2024

Bericht der Regierung vom 21. November 2023

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1 Einführung	3
2 Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen	4
2.1 Globale Entwicklung	4
2.2 Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie in Bezug auf Grenzräume	4
2.3 Beziehungen zur Europäischen Union und zu den Nachbarstaaten	4
2.4 Föderalismus und Zentralismus aus Sicht der Kantone	5
3 Grundauftrag der Aussenbeziehungen	5
3.1 Allgemeines	5
3.2 International	7
3.2.1 Botschafterbesuche und Kontakte mit schweizerischen diplomatischen Vertretungen	7
3.2.2 Regionenpartnerschaften	7
3.3 Grenzüberschreitend	7
3.3.1 Internationale Bodensee Konferenz	7
3.3.2 Bilaterale Regierungstreffen	8
3.3.3 Grenzüberschreitender Gesprächsaustausch Staatsministerium Baden-Württemberg und Grenzkantone	8
3.3.4 Arbeitsgemeinschaft Alpenländer	8
3.3.5 Makroregionale Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum	8
3.3.6 Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein / Netzwerkstelle Ostschweiz	9
3.4 Interkantonal	9
3.4.1 Konferenz der Kantonsregierungen	9
3.4.2 Ostschweizer Regierungskonferenz	9
3.4.3 Bilaterale Regierungstreffen	10
3.4.4 Regionale Fachdirektorenkonferenzen Ostschweiz	10
3.4.5 Metropolitankonferenz Zürich	11
3.4.6 Metropolitanraum Bodensee	11
3.5 Bundesebene	11
3.5.1 Zusammenarbeit mit den st.gallischen Mitgliedern der Bundesversammlung	11
3.5.2 Austausche mit Mitgliedern des Bundesrates	11
3.5.3 Sessionsbesuche	12

3.6	Netzwerkpflege	12
4	Strategische Schwerpunkte der Aussenbeziehungen Amtsdauer 2024/2028	12
4.1	Mobilität über die Grenzen optimieren	13
4.1.1	Ausgangslage	13
4.1.2	Ziele	14
4.1.3	Massnahmen	14
4.2	Profilierung und Wahrnehmung des internationalen Bodenseeraums stärken	17
4.2.1	Ausgangslage	17
4.2.2	Ziele	17
4.2.3	Massnahmen	18
4.3	Stärkung der Energieversorgung im Grenzraum	20
4.3.1	Ausgangslage	20
4.3.2	Ziele	20
4.3.3	Massnahmen	20
4.4	Förderung stabiler Rahmenbedingungen für die Wirtschaft	21
4.4.1	Ausgangslage	21
4.4.2	Ziele	22
4.4.3	Massnahmen	22
4.5	Stärkung Zusammenarbeit Ostschweizer Kantone	24
4.5.1	Ausgangslage	24
4.5.2	Ziele	24
4.5.3	Massnahmen	24
5	Antrag	25
	Anhänge	26
	Anhang 1: Stand Umsetzung thematische Handlungsfelder 2020–2024	26
	Anhang 2: Steckbrief Gremien	37

Zusammenfassung

Der Kantonsrat beauftragte die Regierung im Jahr 2016, jeweils auf Ende der Amtsdauer über die Strategie der Aussenbeziehungen und deren Umsetzung zu informieren. Mit dem vorliegenden Bericht 2024 kommt die Regierung dem Auftrag des Kantonsrates nach.

Die Aussenpolitik des Kantons St.Gallen definiert sich vor dem Hintergrund verschiedener Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen – insbesondere mit Blick auf die Themen globale Entwicklung, Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie in Bezug auf die Grenzräume, Beziehungen zur Europäischen Union und zu den Nachbarstaaten sowie Föderalismus und Zentralismus aus Sicht der Kantone.

Um seine Interessen möglichst wirksam zu vertreten, arbeitet der Kanton St.Gallen mit Kantonen, dem Bund und weiteren Partnern zusammen. Der Kanton pflegt intensive Beziehungen mit seinen

zahlreichen Nachbarn. Dabei engagiert sich die Regierung international, grenzüberschreitend, interkantonal und national im Rahmen von verschiedenen Gefässen. Sie legt international und grenzüberschreitend den Fokus auf die Förderung der Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarländern und auf die Entwicklung und Stärkung des Bodenseeraums. Interkantonal ist die Aussenpolitik des Kantons St.Gallen auf eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit unter den Ostschweizer Kantonen und mit weiteren Kantonen sowie auf die Förderung der Gesamtwahrnehmung der Ostschweiz ausgerichtet. National steht eine aktive und umfassende Interessenvertretung des Kantons St.Gallen und der Ostschweiz auf Bundesebene im Zentrum.

Grundlage der strategischen Schwerpunkte der Aussenbeziehungen bildet die Schwerpunktplanung der Regierung 2021–2031. Deren Stossrichtung wird durch die strategischen Schwerpunkte der Aussenbeziehungen unterstützt. Für die Amtsdauer 2024/2028 werden in den St.Galler Aussenbeziehungen folgende Schwerpunkte gesetzt: «Nachhaltige Mobilität über die Grenzen optimieren», «Profilierung und Wahrnehmung des internationalen Bodenseeraums stärken», «Stärkung der Energieversorgung im Grenzraum», «Förderung stabiler Rahmenbedingungen für die Wirtschaft» sowie «Stärkung Zusammenarbeit Ostschweizer Kantone».

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen mit dieser Vorlage Bericht zur Strategie der Aussenbeziehungen 2024.

1 Einführung

Der Kantonsrat beauftragte die Regierung im Jahr 2016, jeweils auf Ende der Amtsdauer über die Strategie Aussenbeziehungen und deren Umsetzung zu informieren. Die Regierung kam letztmals mit der Strategie der Aussenbeziehungen 2020 (40.19.03) diesem Auftrag nach. Der Kantonsrat nahm den Bericht in der Februarsession 2020 zur Kenntnis.

Der vorliegende Bericht «Strategie der Aussenbeziehungen 2024» baut auf dem vorgegangenen Strategiebericht 2020 auf, es wird aber in verschiedener Hinsicht eine klare Fokussierung vorgenommen. Im Rahmen des Grundauftrags der Aussenbeziehungen erfolgt eine strategische Schwerpunktsetzung auf die Förderung der Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarländern und den Ostschweizer Kantonen. Nicht mehr priorisiert werden insbesondere internationale Partnerschaften sowie internationale Gremien ohne klaren thematischen Bezug zur Ostschweiz. Inhaltlich werden strategische Schwerpunkte definiert, die durch verschiedene Massnahmen im Bereich der Aussenbeziehungen bearbeitet und weiterentwickelt werden. Dadurch sollen die verfügbaren Ressourcen gezielt und wirksam eingesetzt und die Umsetzung der Schwerpunktplanung der Regierung unterstützt werden.

Einleitend geht der Bericht auf Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen ein (Abschnitt 2). Neu befindet sich unter Abschnitt 3 eine Übersicht zum Grundauftrag der Aussenbeziehungen mit den aktuellen Gefässen der internationalen, grenzüberschreitenden, interkantonalen und nationalen Zusammenarbeit. In Abschnitt 4 werden die strategischen Schwerpunkte der Aussenbeziehungen für die kommende Amtsdauer 2024/2028 erläutert und mit den wichtigsten Massnahmen ergänzt.

Die im Strategiebericht 2020 thematisierten Schwerpunkte werden summarisch in einer Tabelle im Anhang dieses Berichts gewürdigt, ergänzt mit Ausführungen zum aktuellen Stand der Umsetzung.

2 Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen

2.1 Globale Entwicklung

Seit mehr als drei Jahren steht die Welt im Zeichen von Krisen: Auf die Covid-19-Pandemie folgte der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, im Winter 2022/2023 schloss sich die Energiekrise an. Zu den herausfordernden internationalen Rahmenbedingungen zählen auch die wachsende Ernährungsunsicherheit, die hohe Schuldenlast vieler Staaten und die Rückkehr der Inflation. Hinzu kommt der Klimawandel, dessen Auswirkungen vielerorts konkret spürbar werden. Der jüngste Aussenpolitische Bericht des Bundesrates hält fest, dass die Anhäufung von Krisen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor Belastungsproben stellt. Die internationale Ordnung, die der Schweiz über Jahrzehnte Sicherheit und Wohlstand gebracht hat, steht unter Druck, wobei neue stabile Verhältnisse sich noch nicht abzeichnen.¹ Die China-Strategie 2021–2024 des Bundes² geht von einer wachsenden Konkurrenz zwischen den USA und China aus. Die Rivalität zwischen den USA und China ist in den letzten zwei Jahren zu einem Leitparadigma der internationalen Beziehungen geworden, was wiederum strategische Debatten ebenso prägt wie reale politische, militärische und wirtschaftliche Dynamiken.³

Die globale Entwicklung wirkt sich auf die Festlegung der Schwerpunkte der st.gallischen Aussenbeziehungen aus: In den letzten Jahren hat die Bedeutung der direkten nachbarschaftlichen Beziehungen zugenommen. Dies wurde insbesondere bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie deutlich. Die grenzüberschreitenden Kooperationen wurden daher intensiviert, es wurden neue Gefässe und Formate entwickelt und schrittweise eingeführt. Im Rahmen dieser Priorisierung der aussenpolitischen Engagements auf die Nachbarländer und Nachbarkantone hat der Kanton St.Gallen seine Engagements für internationale Partnerschaften reduziert. Die geopolitische Lage hat auch Einfluss auf die Praxis des Kantons St.Gallen in Bezug auf die Einladung von Botschafterinnen und Botschaftern. Der Fokus wird auch diesbezüglich auf die Nachbarstaaten gelegt.

2.2 Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie in Bezug auf Grenzräume

Die Erfahrungen der Covid-19-Pandemie mit den erfolgten Grenzschiessungen und den verschiedenen Massnahmen, die jeweils auf nationalstaatlicher Ebene beschlossen wurden, haben gezeigt, dass die Wahrnehmung von Grenzregionen als funktionalen Räumen und deren Anliegen weiterentwickelt werden müssen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf verschiedenen institutionellen Ebenen hat an Bedeutung gewonnen. Intensive Beziehungen und gewinnbringende Kooperationen auf allen Ebenen sind daher unabdingbar. Insbesondere der Einbezug der nationalstaatlichen Ebene bei Fragestellungen, die auf der regionalen Ebene alleine nicht gelöst werden können, ist wichtig, um die Grenzregionen weiterzubringen. Es gilt daher in Zukunft vermehrt, die Anliegen der Grenzräume in den Hauptstädten zu platzieren.

2.3 Beziehungen zur Europäischen Union und zu den Nachbarstaaten

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind von essenzieller Bedeutung für die Schweiz. Die Herausforderungen für die Schweiz in ihrem regionalen Umfeld sind grösser geworden. Angesichts der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragmentierung wird ein stabiles Europa und prosperierendes Europa noch wichtiger. Der Bundesrat hält im Be-

¹ BBI 2023, 507.

² Abrufbar unter https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/publikationen.html/content/publikationen/de/eda/schweizer-aussenpolitik/China_Strategie_2021-2024.html.

³ B. Lippert / V. Perthes (Hrsg.), Strategische Rivalität zwischen USA und China, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 2020/S 01, abrufbar unter <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2020S01/>.

richtsentwurf der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 fest, dass eine Klärung der offenen Fragen im Verhältnis zur EU unabdingbar ist.⁴ Die Erneuerung und langfristige vertragliche Regelung der Beziehungen ist zentral für den Kanton St.Gallen als exportorientierten Grenzkanton. Dabei gilt es insbesondere auch, die Teilnahme an zukünftigen EU-Programmen und den Abschluss neuer Abkommen sicherzustellen. Aufgrund der zunehmend komplexen Europapolitik wird die Interessenvertretung der Kantone immer anspruchsvoller. Oft sind bei Verhandlungen mit der EU Bundes- und kantonale Aufgabenbereiche betroffen. Die Kantone sind – wie dies die Bundesverfassung vorsieht – gefordert, sich früh und aktiv einzubringen, wenn es darum geht, sich bei europapolitischen Fragestellungen zu positionieren.

Die Entwicklungen müssen sowohl aus fachlicher als auch aus übergeordneter politischer Sicht von den Kantonen verfolgt werden, damit sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitgestalten und dem zunehmenden Kompetenzverlust aufgrund der Bundesgesetzgebung oder der Abkommen mit der EU entgegenwirken können. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Kantone sich in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) einbringen und den Bund in den Verhandlungen so gut wie möglich unterstützen. Zudem setzt der Kanton St.Gallen vermehrt auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Internationalen Bodenseekonferenz oder im Rahmen von Interreg, um Beziehungen zu verbessern und sich aktiv und konstruktiv einzubringen.

2.4 Föderalismus und Zentralismus aus Sicht der Kantone

Entscheide des Bundes haben häufig direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Kantone. In den letzten Jahren konnten eine Zentralisierung der Gesetzgebung und damit verbunden eine Einschränkung der Handlungsfreiheit der Kantone festgestellt werden.⁵ Die Umsetzung des Bundesrechts geschieht zu einem grossen Teil durch die Kantone. Die Kantone sind deshalb gefordert, sich bereits in der Phase der Rechtsetzung einzubringen, damit vollzugstaugliche und kosteneffiziente Bundesgesetze entstehen. Auch während der parlamentarischen Phase auf Bundesebene ist es von Bedeutung, dass der Kanton seine Anliegen einbringt und seine Interessen in Vorlagen mit Bedeutung für den Kanton St.Gallen vertritt.

Die Prinzipien der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz regeln die Aufgabenteilung im föderalen Staat. Sie sind eine zentrale Grundlage für laufende Entscheide und sichern den effizienten Mitteleinsatz. Eine klare Zuordnung der Kompetenzen unter Vermeidung von Verbundfinanzierungen stärkt die finanzpolitischen Verantwortlichkeiten der Staatsebenen und schützt die anderen Staatsebenen vor Lastenverschiebungen. Der Kanton St.Gallen setzt sich u.a. im Rahmen der KdK dafür ein, dass die Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Staatsebenen möglichst klar abgegrenzt und Aufgaben und deren Finanzierung eindeutig zugewiesen sind.

3 Grundauftrag der Aussenbeziehungen

3.1 Allgemeines

Um seine Interessen möglichst wirksam zu vertreten, arbeitet der Kanton St.Gallen mit Kantonen, dem Bund und weiteren Partnern zusammen. Der Kanton pflegt intensive Beziehungen mit seinen zahlreichen Nachbarn.⁶ Dabei engagiert sich die Regierung international, grenzüberschreitend, interkantonal und national im Rahmen verschiedener Gefässe.

⁴ Abrufbar unter https://www.eda.admin.ch/content/dam/eda/de/documents/aussenpolitik/strategien/entwurf_aussenpolitische-strategie_2024-2027_DE.pdf.

⁵ ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Monitoringbericht Föderalismus 2017–2021, 18. August 2022, abrufbar unter <https://chstiftung.ch/programme-projekte/foederalismusmonitoring/monitoringbericht-2017-2021>.

⁶ Der Kanton St.Gallen grenzt an die Kantone Graubünden, Glarus, Schwyz, Zürich, Thurgau, Appenzell Auser- rhoden und Appenzell Innerrhoden, an das Fürstentum Liechtenstein, an das Bundesland Vorarlberg sowie über den Bodensee indirekt an die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern.

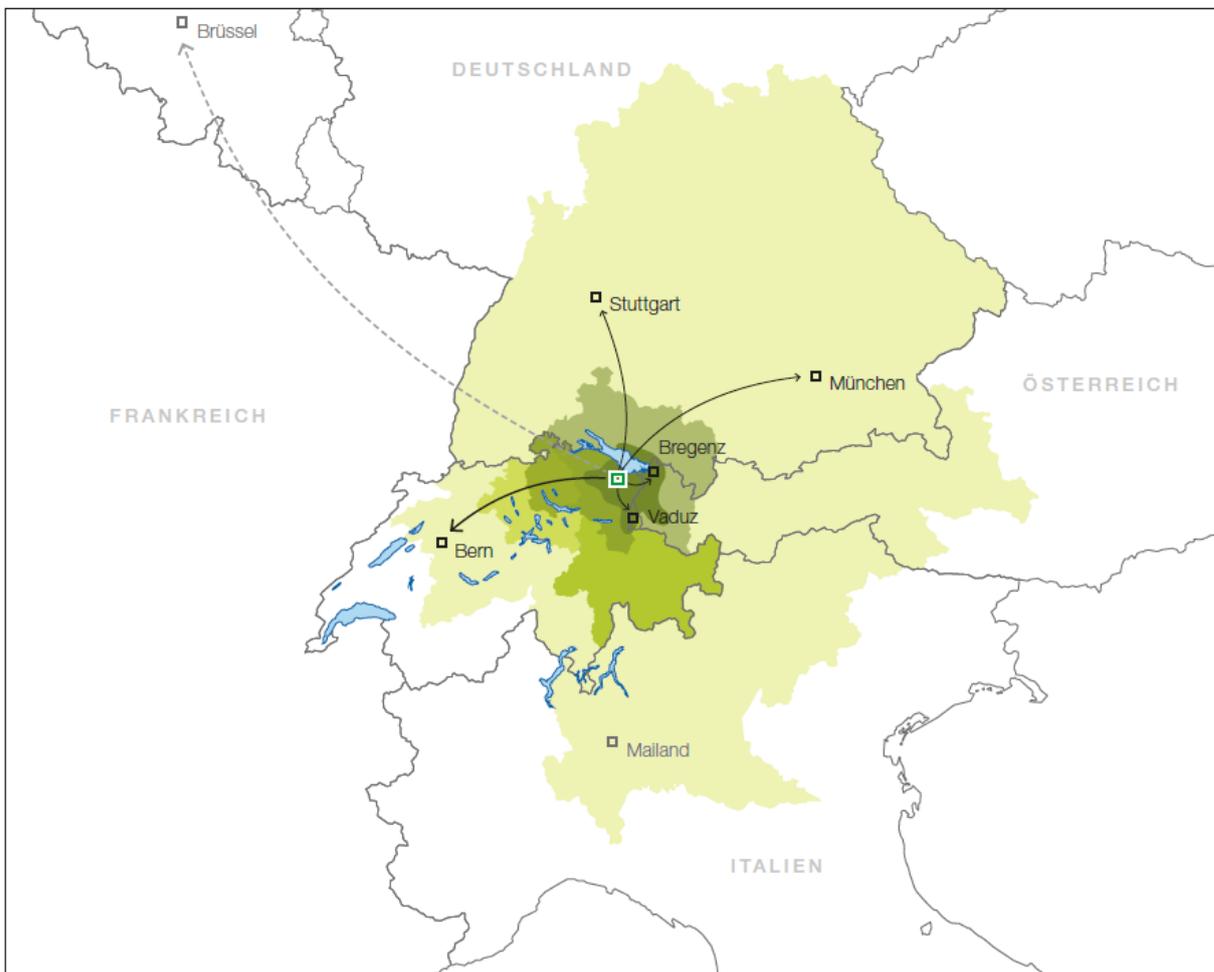
Dabei werden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- International und grenzüberschreitend liegt der Fokus der Aussenpolitik des Kantons St.Gallen auf der Förderung der Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarländern und der Entwicklung und Stärkung des internationalen Bodenseeraums.
- Interkantonal ist die Aussenpolitik des Kantons St.Gallen auf eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit unter den Ostschweizer Kantonen und mit weiteren Kantonen sowie auf die Förderung der Gesamtwahrnehmung der Ostschweiz ausgerichtet.
- National steht eine aktive und umfassende Interessenvertretung des Kantons St.Gallen und der Ostschweiz auf Bundesebene im Zentrum.

Da die wesentlichen rechtlichen Grundlagen bereits im Strategiebericht 2016 (40.16.09) abgebildet wurden und seither diesbezüglich keine erheblichen Änderungen erfolgt sind, wird im vorliegenden Bericht auf eine erneute Darstellung verzichtet.

Im Rahmen des Grundauftrags fokussiert sich dieser Bericht auf Gremien mit einem Querschnittscharakter. Diese Gremien werden von der Regierung als Ganzes über die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen gesteuert. Festzuhalten ist, dass es neben diesen querschnittsbezogenen Gremien auch weitere internationale Gremien und interkantonale Gremien bestehen (z.B. Internationale Schifffahrtskommission für den Bodensee, Internationale Regierungskonferenz Alpenrhein, Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee, internationale Zusammenarbeit für einen gemeinsamen Studiengang Agronomie), die durch die Departemente und fachbereichsbezogene Grundlagen bzw. Strategien gesteuert werden.

Nachfolgende Grafik zeigt den Grad der Intensität der St.Galler Aussenbeziehungen:



Die Vertretung der Regierung in den verschiedenen Gremien der internationalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird in der laufenden Amtsdauer in diversen Fällen vom Vorsteher des Finanzdepartementes (FD) wahrgenommen. In Fachdirektorenkonferenzen nehmen die jeweils zuständigen Mitglieder der Regierung Einsitz, in der Plenarkonferenz der Ostschweizer Regierungskonferenz sämtliche Mitglieder der Regierung. Das Board des Metropolitanraums Bodensee wird gegenwärtig von der Vorsteherin des Bau- und Umweltdepartementes (BUD) geleitet.

3.2 International

3.2.1 Botschafterbesuche und Kontakte mit schweizerischen diplomatischen Vertretungen

Diplomatische Vertretungen bewegen sich auf staatlicher Ebene und liegen primär in der Kompetenz des Bundes. Dennoch ist der Kontakt zu diplomatischen Vertretungen auch für den Kanton St.Gallen von Bedeutung: Der Besuch einer diplomatischen Vertretung kann das Interesse an St.Gallen und der Region wecken und bestenfalls im Nachgang neue Kontakte ermöglichen. Die Regierung empfängt deshalb regelmässig Botschafterinnen und Botschafter ausländischer Staaten zu Arbeitsgesprächen. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Austausch mit diplomatischen Vertretungen der Nachbarstaaten sowie der weiteren EU-Mitgliedsstaaten und wichtiger Wirtschaftspartnern der Schweiz. Zusätzlich pflegt die Regierung auch Kontakte zu schweizerischen diplomatischen Vertretungen in den Nachbarstaaten.

3.2.2 Regionenpartnerschaften

Die Regierung hat den Schwerpunkt ihres aussenpolitischen Engagements aufgrund verschiedener Entwicklungen der letzten Jahre verstärkt auf den Grenzraum und die Nachbarkantone ausgerichtet. Als Grenzkanton ist der Kanton St.Gallen in verschiedener Hinsicht durch die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betroffen. Aufgrund dieser Entwicklungen möchte sich der Kanton vermehrt in die grenzüberschreitenden Gremien einbringen. Zudem hat die Covid-19-Pandemie gezeigt, dass die Anliegen des Grenzraums verstärkt gegenüber der nationalen Ebene eingebracht und vertreten werden müssen.

Da diese Herausforderungen verstärkt Ressourcen binden, hat sich die Regierung einvernehmlich mit der Region Liberec entschieden, die Partnerschaft in der bisherigen Form und Intensität nicht weiterzuführen. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass der Kanton St.Gallen und die Region Liberec auf die Erarbeitung von Umsetzungsprogrammen verzichten. Die etablierte Zusammenarbeit auf Fachebene wird nach Bedarf und nach Initiative der jeweiligen Fachebene weitergeführt. Es sind in verschiedenen Bereichen gute fachliche und persönliche Kontakte entstanden, deren Pflege als wertvoll erachtet wird.

3.3 Grenzüberschreitend

3.3.1 Internationale Bodensee Konferenz

Die Internationale Bodensee Konferenz (IBK) ist Hauptakteurin der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regierungen und Verwaltungen der Bodenseeanrainer.⁷ Die IBK hat zum Ziel, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern. Als international vernetzter Grenz- und Exportkanton sind für den Kanton St.Gallen regionale und grenzüberschreitende Partnerschaften von zentraler Bedeutung.

Die IBK bildet für den Kanton St.Gallen eine gemeinsame Klammer über die zahlreichen Aktivitäten auf allen Ebenen und zu nahezu allen Themenbereichen, vom Gewässer- und Naturschutz

⁷ Zu den zehn IBK-Mitgliedern zählen die Länder und Kantone Baden-Württemberg, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg und Bayern.

über Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Krisenmanagement, Tourismus und Verkehr bis hin zu Politik, Kultur und Gesellschaft. Die IBK stärkt dabei das regionale Zusammengehörigkeitsgefühl der Länder und Kantone um den Bodensee, baut grenzbedingte Hindernisse ab und koordiniert eine gemeinsame Aussendarstellung. Der Kanton St.Gallen hat sich in den vergangenen Jahren für eine stärkere Fokussierung der Aktivitäten der IBK engagiert und dies in den Strategieprozess eingebracht. Es ist daher zu begrüßen, dass die IBK-Strategie für die Jahre 2023 bis 2025 einen klaren Fokus auf die nachhaltige Mobilität über die Grenzen legt.

3.3.2 Bilaterale Regierungstreffen

Die Regierung führt regelmässig bilaterale Arbeitsgespräche mit Regierungsvertretungen bzw. mit Regierungen der Bundesländer Vorarlberg, Baden-Württemberg und Bayern sowie des Fürstentums Liechtensteins durch. Im Rahmen dieser Gespräche werden aktuelle Fragen des bilateralen nachbarschaftlichen Verhältnisses erörtert.

3.3.3 Grenzüberschreitender Gesprächsaustausch Staatsministerium Baden-Württemberg und Grenzkantone

Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde ein regelmässiger Austausch der Grenzkantone (Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Schaffhausen, Zürich, St.Gallen, Thurgau) mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg (in Anwesenheit des Schweizer Botschafters in Deutschland) etabliert. Dabei wurden die aktuellen Massnahmen, Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze diskutiert. Nach dem Ende der Pandemie wird die Plattform für den Austausch zu Themen genutzt, die Baden-Württemberg und die Grenzkantone tangieren. Der Kanton St.Gallen ist als Teil des Grenzraums weiterhin in den Austausch eingebunden.

3.3.4 Arbeitsgemeinschaft Alpenländer

Die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) will in erster Line die Zusammenarbeit unter den Alpenregionen fördern und die Interessen des Alpenraums gegenüber der Europäischen Union und den jeweiligen Nationalstaaten vertreten. Die Arge Alp hat sich das Ziel gesetzt, gemeinsame Anliegen und Problemstellungen auf ökologischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu behandeln. Die aktuelle Strategie sieht vor, dass in den nächsten Jahren die zentralen Handlungsfelder Klimawandel, Umweltschutz und Wirtschaft im Alpenraum angegangen werden.

Der Kanton St.Gallen bringt sich aktiv in Projekte der Arge Alp ein, die thematisch für die Entwicklung der alpinen und voralpinen Gebiete des Kantons von besonderem Interesse sind. Im Rahmen des St.Galler Vorsitzjahres 2023 liegt der Fokus auf dem Themenbereich «nachhaltige Energie» und der Definition einer gemeinsamen Stossrichtung für den Umgang mit Wasserstoff im Alpenraum.

3.3.5 Makroregionale Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum

Mit der Makroregionalen Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum (EUSALP)⁸ besitzen die Alpen ein Instrument der europäischen Kohäsionspolitik. EUSALP hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Ländern in den Alpen zu stärken, um dort zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion beizutragen. Der Bund und die Kantone übernahmen im Jahr 2023 gemeinsam erstmals den Vorsitz der EUSALP. Während des Schweizer Vorsitzes standen die folgenden drei transversalen Themen zur Diskussion: Kreislaufwirtschaft, Wasser und Verkehr/Mobilität. Der Kanton St.Gallen war dabei in Zusammenarbeit mit der KdK und dem Bund im Herbst 2023 in Bad Ragaz Gastgeber des General Assembly Meetings der EUSALP.

⁸ Im Unterschied zur Arge Alp umfasst die EUSALP sieben Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Slowenien, Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein) und 48 Regionen dieser Staaten.

3.3.6 Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein / Netzwerkstelle Ostschweiz

Interreg ist ein zentrales Instrument der kleinen Aussenpolitik bzw. der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Nachbarländern sowie mit der Europäischen Union (EU). Das Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH) konnte in der fünften Förderperiode mit den Projekten Bodanrail und S-Bahn-Bodensee wichtige Projekte für die grenzüberschreitende Mobilität anstossen. Neben der Mobilität stellt das Programm in der sechsten Förderperiode (2021–2027) die Schwerpunkte Innovation, Digitalisierung, Umwelt, Gesundheit und Tourismus in den Mittelpunkt. Die EU hat die Fördermittel für das Programm im Vergleich zur fünften Förderperiode um rund 7 Mio. Euro erhöht, was für die Relevanz des Programms spricht. Das Programm ist zudem verstärkt in den Regionen verankert, indem auch die Schweiz den Vorsitz des Begleitausschusses (strategischen Gremiums) übernehmen damit die Schwerpunkte vermehrt mitgestalten kann. Im schweizerischen Teil des Programms übernimmt die in der Staatskanzlei St.Gallen beim Sekretariat der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) angesiedelte Interreg-Netzwerkstelle Ostschweiz die Umsetzung und die Koordinationsaufgaben gegenüber den beteiligten Kantonen, dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie gegenüber den Partnern aus der EU. Zudem ist sie die Anlaufstelle für die Schweizer Projektpartner.

3.4 Interkantonal

3.4.1 Konferenz der Kantonsregierungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) dient als politische Plattform für die Meinungsbildung unter den Kantonen, über die sich die Kantonsregierungen gezielt und abgestimmt in die Bundespolitik einbringen, wenn kantonale Interessen berührt werden. Der gemeinsame Auftritt der Kantonsregierungen stärkt die Stellung der Kantone im schweizerischen Bundesstaat sowie in der wirkungsvollen Interessenvertretung der Kantone in bundespolitischen Fragestellungen. Die KdK ist insbesondere für Föderalismusfragen, für die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes sowie für übergeordnete politische Fragestellungen, welche die Kantone betreffen, zuständig. Es liegt im Interesse des Kantons St.Gallen, die Arbeit der interkantonalen Gremien aktiv mitzugestalten.

Die Europapolitik ist seit deren Gründung ein zentrales Geschäft der KdK. Die Kantone sind sehr direkt von europapolitischen Entscheidungen des Bundesrates betroffen. Nach Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen (InstA) müssen die künftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU neu ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang setzte die KdK im Jahr 2021 die Europakommission ein. Diese ist zuständig für die Erarbeitung von Grundlagen und Vorschlägen für eine gemeinsame Stossrichtung der Kantone zuhanden der Plenarversammlung der KdK. Letztere verabschiedete am 24. März 2023 die neue europapolitische Standortbestimmung. Zur Eruiierung der Interessenlage aus St.Galler Sicht wurde kantonsintern das Netzwerk Europapolitik initiiert.

3.4.2 Ostschweizer Regierungskonferenz

3.4.2.a Allgemeines

Die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) ist das Kerngremium der Zusammenarbeit zwischen den Ostschweizer Kantonsregierungen. Ihr gehören die Kantone Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St.Gallen, Graubünden und Thurgau an. Der Kanton Zürich und das Fürstentum Liechtenstein sind assoziierte Mitglieder. Die ORK hat zum Ziel, Ostschweizer Interessen gegenüber dem Bund und den anderen Kantonen gemeinsam zu vertreten und in Themen, bei denen eine gemeinsame Interessenlage besteht, eine gemeinsame Stellungnahme zu erwirken. Der Kanton St.Gallen strebt vermehrt Allianzen mit den anderen Ostschweizer Kantonsregierungen an.

3.4.2.b Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss wurde im Rahmen der strategischen Stärkung der ORK im Jahr 2023 geschaffen und ist für die politische Themen- und Schwerpunktsetzung sowie die Interessenvertretung der ORK zuständig. Er nimmt dazu insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Entwicklung einer Strategie und von Massnahmen für die Interessenvertretung namentlich auf Bundesebene;
- Impulse zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Ostschweizer Regierungen;
- Koordination von gemeinsamen Vernehmlassungen der Ostschweizer Regierungen an den Bund und an die KdK unter Beizug der regionalen Fachdirektorenkonferenzen Ostschweiz;
- Koordination der Öffentlichkeitsarbeit.

3.4.2.c Plenarkonferenz

Mindestens einmal im Jahr treffen sich sämtliche Mitglieder der Ostschweizer Regierungen und die Staatsschreiber zu einer Plenarkonferenz. Der Kanton Zürich sowie das Fürstentum Liechtenstein als assoziierte Mitglieder der ORK entsenden ebenfalls eine Delegation. Die Plenarkonferenz behandelt insbesondere die Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung und lässt sich über allgemein interessierende Themen informieren, welche die Kantone unmittelbar berühren.

3.4.2.d Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle der ORK ist bei der Staatskanzlei des Kantons St.Gallen angesiedelt. Ihre Aufgaben sind die Unterstützung des Präsidiums sowie des Leitenden Ausschusses, die Erledigung der laufenden Geschäfte der ORK sowie die Ausführung der Beschlüsse der Plenarkonferenz und der anderen ORK-Organe. Die Geschäftsstelle sorgt zudem für den Informationsaustausch mit den Fachdirektorenkonferenzen, stellt die Koordination mit dem Bund und den übrigen regionalen Regierungskonferenzen sicher und unterstützt die ORK bei der Interessenvertretung gegenüber anderen Regionen und dem Bund.

3.4.3 Bilaterale Regierungstreffen

Die Regierung führt regelmässig bilaterale Arbeitsgespräche mit den Regierungen der Nachbar Kantone durch. Im Rahmen dieser Gespräche werden aktuelle Fragen des bilateralen nachbarschaftlichen Verhältnisses erörtert. Um gemeinsame Projekte voranzutreiben, engagiert sich der Kanton St.Gallen auch in multilateralen Gefässen. Dazu gehören regelmässige Regierungstreffen der Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Thurgau, Graubünden, Glarus und Schwyz.

3.4.4 Regionale Fachdirektorenkonferenzen Ostschweiz

Sachgebiete und Fragestellungen, die eine interkantonale Zusammenarbeit erfordern, werden in der Ostschweiz von den regionalen Fachdirektorenkonferenzen bearbeitet. Diese Fachdirektorenkonferenzen greifen regionalrelevante Schwerpunktthemen auf, geben Impulse für die regionale Zusammenarbeit und repräsentieren die regionale Politik der Ostschweiz. Der Kanton St.Gallen ist in den folgenden Fachdirektorenkonferenzen aktiv:

- Erziehungsdirektoren-Konferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein (EDK Ost);
- Regionalkonferenz öffentlicher Verkehr Ostschweiz (RöV Ost);
- Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone (BPUK Ost);
- Finanzdirektoren-Konferenz Ost (FDK Ost);
- Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz-Ost (VDK Ost);
- Gesundheitsdirektoren-Konferenz-Ost (GDK Ost);
- Sozialdirektorenkonferenz Ost (SODK Ost);
- Ostschweizer Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz (OJPD).

3.4.5 Metropolitankonferenz Zürich

Die Metropolitankonferenz Zürich bietet eine Plattform für den Informationsaustausch zwischen Kantonen und Gemeinden, realisiert Projekte in den Handlungsfeldern Lebensraum, Verkehr, Gesellschaft und Wirtschaft und setzt sich auf Bundesebene für die Anliegen des Metropolitanraums Zürich ein. Die Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensraums der Metropolitanregion Zürich hat Auswirkungen in verschiedenen Regionen des Kantons St.Gallen, insbesondere in den Räumen Rapperswil-Jona und Wil. Für die Periode 2023 bis 2025 hat der Kanton St.Gallen mit dem Vorsteher des FD das Präsidium der Regierungskonferenz der Metropolitankonferenz Zürich sowie das Vereinsvizepräsidium der Metropolitankonferenz Zürich inne.

3.4.6 Metropolitanraum Bodensee

Der Metropolitanraum Bodensee (MRB) spannt einen lebendigen, vielfältigen und leistungsstarken Wirtschafts- und Lebensraum mit rund 750'000 Einwohnerinnen und Einwohnern und über 400'000 Beschäftigten auf. Ob Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur oder Freizeit, die Grenzen sind fließend – die Menschen bewegen sich längst über Kantons- und Landesgrenzen hinweg. Den gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum grenzüberschreitend zu fördern – dazu haben sich mehr als zwanzig Organisationen aus Wirtschaft und Politik mit der Unterzeichnung der Charta zum Metropolitanraum Bodensee (MRB) bekannt. Ein Gremium aus Vertreterinnen und Vertre-

tern der Trägerschaft (Board), legt Themen und Agenda fest und treibt die Weiterentwicklung des MRB voran. Gegenwärtig leitet die Vorsteherin des BUD das Board. Die Koordination des MRB obliegt der Staatskanzlei des Kantons St.Gallen.

3.5 Bundesebene

3.5.1 Zusammenarbeit mit den st.gallischen Mitgliedern der Bundesversammlung

Eine Hauptzielsetzung der st.gallischen Aussenpolitik ist eine aktive und umfassende Interessenvertretung auf Bundesebene. Dies erfolgt auf verschiedenen Kanälen. Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen koordiniert die Aktivitäten mit verschiedenen Instrumenten wie dem Monitoring Bundesgeschäfte oder der Vernehmlassungsplattform des Kantons.⁹

Insbesondere mittels der institutionalisierten engen Kontakte zu den st.gallischen Mitgliedern der Bundesversammlung möchte die Regierung auf eidgenössischer Ebene für die Anliegen und Bedürfnisse des Kantons St.Gallen sensibilisieren. Die Austausche von Regierung und Mitgliedern der Bundesversammlung werden regelmässig durchgeführt und stossen auf Interesse. Gegenstand dieser Zusammenkünfte ist die Erörterung von aktuellen Geschäften der Session der eidgenössischen Räte mit Bezug zum Kanton St.Gallen sowie von Schlüsselgeschäften mit strategischer Bedeutung für den Kanton St.Gallen.

3.5.2 Austausch mit Mitgliedern des Bundesrates

Einmal jährlich trifft sich eine ORK-Delegation mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter, um Themen mit Ostschweizer Bezug zu erörtern und sich über aktuelle Fragestellungen, die das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) betreffen, auszutauschen. Daneben trifft sich die ORK bei Bedarf mit weiteren Mitgliedern des Bundesrates, um Ostschweizer Anliegen aufzuzeigen, so zum Beispiel im Jahr 2022, als eine Delegation der ORK mit der damaligen Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) die einzelnen Projekte des Strategischen Entwicklungsprogramms (STEP) Nationalstrassen thematisierte.

⁹ Vernehmlassungsplattform abrufbar unter <https://www.sg.ch/politik-verwaltung/eidgenoessische-vernehmlassungen>.

3.5.3 Sessionsbesuche

Eine der Hauptaufgaben der ORK ist die wirkungsvolle Vertretung der Ostschweizer Interessen gegenüber dem Bund und den anderen Kantonen. Um eine möglichst gute Vertretung der Ostschweizer Anliegen und Positionen auf Bundesebene zu gewährleisten, ist es von zentraler Bedeutung, dass der Informationsaustausch zwischen der ORK und den Bundesparlamentariern reibungslos funktioniert. Zu diesem Zweck treffen sich Mitglieder der Regierungen der ORK regelmässig vor den Sessionsen der eidgenössischen Räte mit Ostschweizer Mitgliedern der Bundesversammlung.

3.6 Netzwerkpflege

Der Kanton St.Gallen legt aufgrund seiner vielen Nachbarn grossen Wert auf eine aktive Vernetzung und intensive Zusammenarbeit. Zur Pflege des Beziehungsnetzes organisiert der Kanton ausserordentliche, aber auch wiederkehrende Anlässe, welche die Aussenwahrnehmung des Kantons stärken.

Im Jahr 2022 war St.Gallen Gastkanton beim Empfang des Schweizerischen Generalkonsulats in Stuttgart anlässlich der Bundesfeier. Unter dem Motto «Tuchführung über Grenzen hinaus» bot der Netzwerkanlass Vertreterinnen und Vertretern aus der Textilbranche, Politik und Wirtschaft die Möglichkeit zum Austausch über das innovative Potenzial beider Regionen.

Als Nachbarkanton ist St.Gallen wirtschaftlich besonders stark mit dem Fürstentum Liechtenstein vernetzt. Die Regierung setzt sich laufend für die guten Beziehungen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz ein. Anlässlich des Jubiläums «100 Jahre Zollvertrag» war der Kanton deshalb aktiv in die Organisation der Feierlichkeiten eingebunden.

Zum 175-Jahr-Jubiläum der Schweizerischen Bundesverfassung lud die Regierung die Bevölkerung zu einem Tag der offenen Türen ins Regierungsgebäude nach St.Gallen ein. Im Zentrum standen dabei die Begegnung der Bevölkerung mit Politikerinnen und Politikern sowie Einblicke in die Tätigkeit von Kantonsrat, Regierung, Justiz und Verwaltung. Die Projektleitung der Veranstaltung lag bei der Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen.

Darüber hinaus werden verschiedene regelmässige Veranstaltungen in Bern durchgeführt, um das Netzwerk der ORK auszubauen. Die Geschäftsstelle der ORK organisiert jährlich das Spitzendinner im Bundeshaus, das dem Austausch zwischen den ORK-Mitgliedern und den eidgenössischen Räten dient. Um das Netzwerk der ORK zu Personen in Schlüsselposition in der Bundesverwaltung zu stärken, wird seit dem Jahr 2023 ein Kaderanlass durchgeführt.

4 Strategische Schwerpunkte der Aussenbeziehungen Amtsdauer 2024/2028

Grundlage der strategischen Schwerpunkte der Aussenbeziehungen bildet die Schwerpunktplanung der Regierung 2021–2031 (28.21.01). Deren Stossrichtung wird durch die strategischen Schwerpunkte der Aussenbeziehungen unterstützt. Bei der Umsetzung der Schwerpunktplanung orientiert sich die Regierung u.a. am Handlungsprinzip «Vernetzung und Kooperation», wonach der Kanton St.Gallen Vernetzungen fördert und zukunftssträchtige Kooperationen abschliesst.

Im Vergleich zum Strategiebericht der Aussenbeziehungen 2020 fokussiert der vorliegende Bericht noch stärker auf strategische Schwerpunkte. Auf das Aufführen von Einzelinitiativen wird verzichtet.

4.1 Mobilität über die Grenzen optimieren

4.1.1 Ausgangslage

Die Bodenseeregion ist ein grosser funktionaler Raum mit erheblicher Mobilität und einer grossen Wirtschaftsleistung. Die Region zeichnet sich dadurch aus, dass die verschiedenen regionalen Zentren miteinander eng verbunden sind. Diese Struktur löst eine vielschichtig vernetzte Mobilität mit intensiven gegenseitigen Pendlerströmen aus.

Nachfolgende Grafik zeigt die Intensität der gegenseitigen Pendlerströme:¹⁰

Die Bodenseeregion weist im Vergleich zu den weiteren Grenzregionen der Schweiz im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität Optimierungspotenziale auf: Es zeigt sich, dass die Gestaltung des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs in der Bodenseeregion von sehr grosser

Komplexität ist. Neben der Vielzahl der Akteure und national unterschiedlich angesiedelten Zuständigkeiten bestehen zusätzlich technische, rechtliche und finanzielle Hürden.



Die Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter haben aufgrund dieser Ausgangslage im Rahmen der IBK-Strategie für die Jahre 2023 bis 2025 das Fokusthema «nachhaltige Mobilität über Grenzen» beschlossen. Die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs und der Erreichbarkeit im Bodenseeraum sowie seiner Anbindung nach aussen ist eines der zentralen gemeinsamen Anliegen der IBK, das in den nächsten Jahren verstärkt vorangetrieben werden soll. Der Kanton

¹⁰ Statistikplattform Bodensee, abrufbar unter <https://www.statistik-bodensee.org/startseite.html>.

St.Gallen führt derzeit den Vorsitz in der IBK-Kommission Verkehr und zeichnet dadurch für die Umsetzung des Fokusthemas in den nächsten Jahren verantwortlich. Die Regierung unterstützt die Bestrebungen im Bereich des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs ausdrücklich.

4.1.2 Ziele

Die Umsetzung der Vision «nachhaltige Mobilität über Grenzen»¹¹ verfolgt folgende Ziele:

- Optimierung der Angebotskonzepte zum Schienenpersonenverkehr von der regionalen bis zur internationalen Ebene, um auch im Grenzverkehr kürzere Reisezeiten, gute Anschlüsse über die Grenzen und Direktverbindungen zwischen den Knoten im Städtenetz Bodensee zu erreichen sowie Systembrüche zu vermeiden;
- einfache, grenzenlose Mobilität durch Abstimmung von Kommunikation, Tarifen und Vertrieb bestehender Angebote im öffentlichen Verkehr in der Grenzregion;
- Schaffung von Rahmenbedingungen für eine «klimaneutrale Mobilität auf dem Bodensee»;
- zielgerichteter Austausch zwischen den Akteuren im Bereich der Mobilität mit Blick auf die Leistungsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Verkehrssystems.

4.1.3 Massnahmen

Im Zeitraum 2023–2025 initiiert oder unterstützt die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen des Kantons St.Gallen verschiedene Projekte und Gremien. Der konkrete Beitrag liegt in der Unterstützung des IBK-Kommissionsvorsitzes Verkehr, in der Organisation verschiedener Austausche mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der angrenzenden Nachbarländer und auf Bundesebene, in der Organisation des Pilottreffens der Regierungskommission Bodensee sowie in der innerkantonalen Koordination. Ferner werden bei Bedarf Gespräche auf der diplomatischen Ebene (Botschaften, Generalkonsulate) vorbereitet.

4.1.3.a Bodan Rail 2045

Mit dem Projekt Bodan Rail 2045¹² der IBK wird die grenzüberschreitende Abstimmung und Optimierung der Planungen im Schienenpersonenverkehr im Bodenseeraum intensiviert. Der öffentliche Verkehr auf der Schiene soll damit für die Fahrgäste attraktiver werden mit kürzeren Reisezeiten, mehr Direktverbindungen und besser abgestimmten Anschlüssen. Mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Zielbilds für das Jahr 2045 konnte im Sommer 2022 der erste Teil des Projekts erfolgreich abgeschlossen werden.

Der Fokus von Bodanrail 2045 liegt auf der Entwicklung einer grenzüberschreitend abgestimmten Angebotsplanung im Schienenverkehr, wofür im Einzelfall auch Infrastruktur-Anpassungen (über die nationalen Ausbauprogramme) vorgesehen werden müssen. Nach Verabschiedung des Zielbilds läuft nun die Umsetzungsphase, die ebenfalls kontinuierlich durch die IBK-Kommission Verkehr betreut wird. Das Zielbild Bodanrail 2045 wird in den nächsten Jahren jeweils den sich ergebenden geänderten Rahmenbedingungen angepasst. Dazu ist eine regelmässige Überprüfung der Umsetzung des Zielbilds vorgesehen.

4.1.3.b Institution grenzüberschreitender öffentlicher Verkehr Bodenseeraum

Im Rahmen der IBK wurde beschlossen, dass eine Institution «grenzüberschreitender öffentlicher Verkehr Bodenseeraum» im Zeitraum 2023–2025 aufgebaut wird. Bislang besteht keine Stelle, die sich um die kundennahen Herausforderungen des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs kümmert. Es fehlte eine angemessene grenzüberschreitende Kommunikation und Vermark-

¹¹ Vision: Die IBK setzt auf eine klimaneutrale grenzüberschreitende Verkehrszukunft in der internationalen Bodenseeregion. Sie betrachtet eine ökologische und vernetzte Mobilität als Gebot der Stunde und setzt sich für eine möglichst rasche Transformation ein in Richtung eines nachhaltigen und leistungsfähigen Verkehrssystems im Bodenseeraum, das in Einklang mit Umwelt und Klimaschutzziele steht.

¹² Bodanrail 2045 abrufbar unter <https://www.bodenseekonferenz.org/bodanrail-2045>.

tung des öffentlichen Verkehrs, es gibt für viele Kundenbedürfnisse keine attraktiven Tarife und die vorhandenen grenzüberschreitenden Tarife können nicht über alle gängigen Distributionskanäle gekauft werden.

Mit dem Start der ersten Drei-Länder-S-Bahn Bodensee¹³ im Jahr 2021 und mit dem laufenden Projekt Bodan Rail 2045 ist es wichtig, eine Koordinierungs- und Steuerungsfunktion im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr des Bodenseeraums zu schaffen. Durch den Einsatz des St.Galler IBK-Kommissionsvorsitzes Verkehr konnte die Geschäftsstelle am 1. Januar 2023 operativ starten. Ein Konzept für den dauerhaften Betrieb ist für das Jahr 2024 vorgesehen.

4.1.3.c Regierungskommission Bodensee

Der Grenzraum Bodensee ist bis anhin die einzige Grenzregion der Schweiz, die kein institutionelles Gefäss für die zwischenstaatliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den angrenzenden Nachbarstaaten kennt. Der Kanton St.Gallen setzt sich für die Gründung einer «Deutsch-österreichischen-schweizerischen-liechtensteinischen Regierungskommission zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region Bodensee» (kurz Regierungskommission Bodensee) ein. Mit dieser neuen Plattform möchten Österreich, Deutschland, das Fürstentum Liechtenstein und die Schweiz die zwischenstaatliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region verstärken. Mit der Regierungskommission Bodensee sollen Fragestellungen angegangen werden, die nicht allein auf der regionalen Ebene gelöst werden können, sondern den Einbezug der nationalstaatlichen Ebene erfordern bzw. politische Impulse der Aussenministerien benötigen.

Auf Einladung des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten und des Kantons St.Gallen kamen im Jahr 2022 Vertreterinnen und Vertreter auf Botschafter- und Regierungsebene im Rahmen eines Pilottreffens der geplanten Regierungskommission Bodensee zusammen. Dabei wurde die Durchführung eines zweiten Pilottreffens zum Schwerpunkt «Verkehr und Mobilität» im Dezember 2023 vereinbart. Die IBK übertrug dem Kanton St.Gallen die Federführung bei der inhaltlichen Vorbereitung für die beiden Treffen.

Der Kanton St.Gallen hat für die Vorbereitung des thematischen Schwerpunkts «Verkehr und Mobilität» in einem ersten Schritt eine Auslegeordnung in der Form einer Kompetenzmatrix im Bereich des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs erstellt. Die Übersicht zeigt die bestehenden komplexen Zuständigkeitsverflechtungen. In den Grundzügen lässt sich festhalten, dass insbesondere im Bereich Planung, Bau, Ausbau, Finanzierung und Weiterentwicklung der Infrastruktur sowie beim (internationalen) Fernverkehr Zuständigkeiten auf der nationalstaatlichen Ebene bestehen. Bei der Planung und Finanzierung des Regionalverkehrs liegt die Federführung eher in der Kompetenz der Kantone und Bundesländer, wobei je nach konkreter Konstellation der Bund eine Mitverantwortung trägt. Neben der je nach Land unterschiedlichen vertikalen Kompetenzverteilung ist auch die horizontale Kompetenzverteilung durch eine Vielzahl an Akteuren mit unterschiedlichen Kompetenzen geprägt (zum Beispiel in den Bereichen Tarif und Vertrieb). Zusammenfassend ergibt sich, dass operative Absprachen zur strategischen Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs im Grenzraum aufgrund der komplexen Zuständigkeitsverflechtungen einen erheblichen Koordinationsaufwand zur Folge haben.

Die Erkenntnisse aus dem zweiten Pilottreffen werden zeigen, ob die Regierungskommission Bodensee vom Pilot in den ordentlichen Betrieb überführt werden kann. Bereits jetzt lässt sich aber im Sinn eines vorläufigen Fazits festhalten, dass das Format der Regierungskommission einen relevanten Mehrwert vor allem bei der Klärung der Zuständigkeiten sowie bei der Vermittlung der Besonderheiten des Grenzraums Bodensee für die nationale Ebene erzeugen kann.

¹³ S-Bahn Bodensee, abrufbar unter <https://s-bahn-bodensee.com/de/>.

4.1.3.d Internationale E-Charta Bodensee

Mittlerweile haben rund 50 Organisationen und Akteure die «E-Charta-Bodensee» unterzeichnet und sich damit verpflichtet, ihren Beitrag zu einem nachhaltigen Verkehrs- und Energiesystem in der Bodenseeregion zu leisten.¹⁴ Im Rahmen der «E-Charta-Bodensee» tauschen sich Energieversorger, Arbeitgeber, Mobilitätsanbieter, Tourismusakteure und öffentliche Hand über konkrete Aktivitäten und Lösungen zu den einzelnen Handlungsfeldern der E-Charta aus. Das Projekt «E-Charta-Bodensee» dient der Förderung der Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure im Bereich Elektromobilität und dem Lernen aus Best Practices. Es bietet den Rahmen zur Koordination grenzüberschreitender Aktivitäten.

4.1.3.e Mobilitäts-Lab Sustainable Mobility Lab «SMILEE» (Interreg)

Mit dem strategischen Projekt «SMILEE», einem Mobilitätslab des «Wissenschaftsverbunds Vierländerregion Bodensee», will das Interreg-Programm der Region innovative regionalpolitische Anstösse im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität geben. Das Lab, bei dem die Ost – Ostschweizer Fachhochschule auf Schweizer Seite im Lead ist, entwickelt Lösungen für den regionalen Personen- und Güterverkehr, erprobt diese und setzt sie in Praxisprojekten rund um den Bodensee um. Damit soll die Vierländerregion zu einem Reallabor für innovative und nachhaltige Mobilitätslösungen werden. Die Interreg-Netzwerkstelle Ostschweiz begleitet das Projekt und bringt die Schweizer und St.Galler Anliegen ein. Sie organisiert Fachaustausche und vernetzt das Projekt mit den relevanten kantonalen Ämtern und dem Vorsitzenden der IBK-Kommission Verkehr, damit die aktuellen St.Galler Vorhaben im Projekt berücksichtigt werden und das Projekt wiederum einen Mehrwert für die St.Galler Vorhaben generiert.

4.1.3.f Trilaterale Absichtserklärung Verbesserung öffentlicher Verkehr

Der Kanton St.Gallen, das Bundesland Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein beabsichtigen, künftig enger im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu kooperieren. Im Vordergrund stehen dabei die Planung und die Umsetzung von Massnahmen im öffentlichen Verkehr. Mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung vom 4. Oktober 2022 wurde auch die «trilaterale Kommission öffentlicher Verkehr Vorarlberg–St.Gallen–Fürstentum Liechtenstein» gegründet.

4.1.3.g Verbesserung des öV-Angebots und der Bahninfrastruktur in der Ostschweiz

Innerhalb der ORK und der Regionalkonferenz öffentlicher Verkehr Ostschweiz (RöV Ost) setzt sich der Kanton St.Gallen dafür ein, dass eine enge Zusammenarbeit unter den Ostschweizer Kantonen im öV-Bereich stattfindet. Letzteres Gremium schloss per 1. Januar 2022 eine Kooperationsvereinbarung ab. Die Zusammenarbeit zwischen den sieben Ostschweizer Kantonen ist eng, aber flexibel ausgestaltet. Je nach Thema kann die Kooperation unterschiedliche Formen und Intensitäten annehmen. Die zentralen Ressourcen der RöV Ost wurden leicht ausgebaut und dienen primär der Initialisierung und Koordination von gemeinsamen Projekten sowie der Koordination des Führungsprozesses. Ziel ist es, gegenüber den Nachbarkantonen, den Nachbarländern und dem Bund einheitlich auftreten zu können. Im eng verzahnten öV-System in der Ostschweiz sollen insbesondere bei der Bestellung von kantonsgrenzübergreifenden Linien Synergien zwischen den Kantonen aktiv genutzt werden. Weitere Synergiepotenziale bestehen im Bereich des Controllings und der Berichterstattung. Zudem werden gemeinsam Stellungnahmen gegenüber nationalen Ausbauprogrammen für die Bahninfrastruktur gefasst, um den öffentlichen Verkehr in der Region und im gesamten Bodenseeraum zu stärken.

4.1.3.h Projekt Autobahnverbindung S 18

Im Bereich Strassengrenzverkehr ist es dem Kanton St.Gallen ein grosses Anliegen, die Entlastung der Bevölkerung vom Verkehr voranzubringen und die Regionen besser zu erschliessen. Um diese Ziele zu erreichen, sollen die Autobahnen in Vorarlberg und im St.Galler Rheintal mit

¹⁴ E-Charta Bodensee, abrufbar unter <https://www.bodenseekonferenz.org/e-charta>.

der neuen S18 verbunden werden. Zu klären ist, wo diese Strasse durchführen soll. Im Jahr 2020 hat die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) nach intensiven Untersuchungen festgestellt, dass die sogenannte CP-Variante der S18 die bestmögliche Variante ist. Die CP-Variante mit der Ostumfahrung von Lustenau wird seitens des Kantons St.Gallen, der Agglomeration Rheintal und des Landes Vorarlberg bevorzugt. Die Planungen zeigen, dass diese CP-Variante die höchste Verkehrsentlastung bringt, die durch die ASFINAG weiter projiziert wird. Das zuständige österreichische Bundesministerium hat noch eine andere Linienführung ins Spiel gebracht, die jedoch durch das Land Vorarlberg und den Kanton St.Gallen abgelehnt wird.

4.2 Profilierung und Wahrnehmung des internationalen Bodenseeraums stärken

4.2.1 Ausgangslage

Im Februar 2020 haben die Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, das Land Vorarlberg, der Landkreis Bodenseekreis, der Landkreis Lindau, die Agglomerationen Wil, St.Gallen-Bodensee, Rheintal und Werdenberg-Liechtenstein sowie verschiedene Gewerbe- und Wirtschaftsverbände die Charta Metropolitanraum Bodensee (MRB) unterzeichnet.¹⁵ Ein Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern der Trägerschaft (Board) legt Themen und Agenda fest und treibt die Weiterentwicklung des MRB voran. Die Unterzeichnenden streben eine künftige Aufwertung der Nordostschweiz im Raumkonzept Schweiz an und möchten die Profilierung und Wahrnehmung des Bodenseeraums stärken.

Der internationale Bodenseeraum leistet mit seiner starken und innovativen Industrie einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftsstandort Schweiz und dessen internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Der Bodenseeraum ist mit den wichtigen europäischen Metropolregionen verbunden. Entsprechend sind die grenzüberschreitenden Verkehrsangebote zentral. Im Bodenseeraum sind zahlreiche erfolgreiche und stark exportorientierte Unternehmen im Hightech-Bereich angesiedelt. Durch die strategische Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft sowie auch zwischen den Unternehmen verfügt die Region über eine hohe Innovationskraft mit internationaler Ausstrahlung. Der Bodenseeraum zeichnet sich durch eine Vielfalt an identitätsstiftenden, kulturellen und landschaftlichen Qualitäten aus. Zudem verfügt die Region über ein grenzüberschreitendes Wissens- und Bildungsnetzwerk, das durch Kooperationen der Bildungs- und Forschungsinstitutionen laufend weiterentwickelt wird. Es gilt, den Bodenseeraum gezielt zu entwickeln und zu vernetzen, um das grosse Potenzial noch besser zu realisieren.

4.2.2 Ziele

Durch eine Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Kantone im internationalen Bodenseeraum soll dessen Profilierung und Wahrnehmung gestärkt werden. In Zukunft muss es darum gehen, den Verflechtungsraum Bodensee gezielt zu entwickeln und zu vernetzen, um das grosse Potenzial noch besser realisieren zu können. Dabei stehen insbesondere die folgenden Handlungsfelder im Fokus:¹⁶

- *Ausbau des Hightech-Standorts und Stärkung seiner Ausstrahlungskraft:* Die bestehenden Potenziale im hoch innovativen produzierenden Sektor werden weiter ausgebaut und sichtbar gemacht. Der Innovationsprozess ist auf hohem Niveau zu halten und der Wissenstransfer zwischen angewandter Forschung und Wirtschaft zu verstärken.
- *Vernetzen des grenzüberschreitenden Bildungs- und Forschungsstandorts:* Der gestartete Prozess der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulen wird fortgesetzt

¹⁵ Charta Metropolitanraum Bodensee, abrufbar unter https://metropolitanraum-bodensee.org/Charta_Metropolitanraum_Bodensee_20200205.pdf.

¹⁶ Amt für Raumentwicklung und Geoinformation Kanton St.Gallen, Metropolitanraum Bodensee – Auslegeordnung und Argumentarium, Schlussbericht, Bern / Zürich, 1. Februar 2023.

- und im Bereich der Berufsbildung weiterentwickelt. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit mit dem Forschungs- und Bildungsstandort im Metropolitanraum Zürich zu stärken.
- *Stärkung der polyzentrischen Region mit seiner hohen (auch naturräumlichen) Lebensqualität:* Es gilt die Balance zwischen Urbanität und Naturraum zu finden und den daraus resultierenden attraktiven Lebensraum entsprechend in Wert zu setzen.
 - *grenzüberschreitender Ausbau des Bahnangebots:* Sowohl im Fern- wie Nahverkehr – insbesondere S-Bahnnetz – gilt es, die Lücken zu schliessen. Dabei sind Hindernisse betreffend Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr abzubauen, sei dies bei der Zugänglichkeit oder im Abbau uneinheitlicher Tarifstrukturen.¹⁷
 - *Nationalstrassen:* Das Netz der Nationalstrassen ist bedarfsgerecht auszubauen.¹⁸

4.2.3 Massnahmen

Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen wirkt aktiv bei der Entwicklung von Strategien der Interessenvertretung mit und unterstützen dadurch die Positionierung auf Bundesebene. Ferner organisiert sie die Foren des MRB und kümmern sich um die Vernetzung der verschiedenen Akteure.

4.2.3.a Überarbeitung Raumkonzept Schweiz

Das Raumkonzept Schweiz wurde im Jahr 2012 veröffentlicht.¹⁹ Es wird von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden getragen und dient als Orientierungsrahmen und Entscheidungshilfe für die Raumentwicklung aller drei Staatsebenen. Im Frühjahr 2022 haben sich die Träger des Raumkonzepts Schweiz für eine Überarbeitung ausgesprochen. Der Überarbeitungsprozess dauert von Anfang 2022 bis Frühjahr 2025. Im ersten Halbjahr 2023 fanden vier Workshops zu den Schwerpunkten Wirtschaft, Kohäsion, Energie und Klima statt.

Der Kanton Thurgau gehört bis anhin nicht zu den Unterzeichnenden der Charta. Im Rahmen der Überarbeitung des Raumkonzepts Schweiz erfolgte jedoch eine gemeinsame Abstimmung zwischen dem Kanton St.Gallen und dem Kanton Thurgau und mündete in eine gemeinsame Position der Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Thurgau zur künftigen Bezeichnung und Beschreibung des bisherigen Handlungsraums «Nordostschweiz».

4.2.3.b Forum Metropolitanraum Bodensee

Im Rahmen des Metropolitanraums Bodensee (MRB) führen die Träger der Charta jeweils einmal jährlich ein MRB-Forum zu einem aktuellen Schwerpunktthema durch. Im Jahr 2023 widmete sich das Forum dem «Wirtschaft – Werkplatz Bodensee»²⁰ Das Forum dient dazu, Akteure im Grenzraum zusammenzubringen, Themen zu diskutieren und Positionen zu schärfen.

Im Jahr 2024 widmet sich das Forum dem Schwerpunkt «Stärkung der Bildungskooperationen zur Bereitstellung von Fachkräften – from insight to impact». Dabei soll analysiert werden, wie es dem Metropolitanraum Bodensee dank gezielter Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Wirtschaft gelingen kann, adäquate Fachkräfte auszubilden und diese in der Region zu beschäftigen. Es ist geplant, die Veranstaltung am 25. April 2024 in St.Gallen durchzuführen.

4.2.3.c Grenzüberschreitende Bildungskooperation HSG-Institut in Dornbirn

Nachdem am bilateralen Regierungstreffen zwischen dem Kanton St.Gallen und dem Land Vorarlberg im Jahr 2022 eine Absichtserklärung zur verstärkten Zusammenarbeit im Hochschul-

¹⁷ Vgl. zu diesem Themenbereich insgesamt auch Abschnitt 4.1.

¹⁸ Amt für Raumentwicklung und Geoinformation Kanton St.Gallen, Metropolitanraum Bodensee – Auslegeordnung und Argumentarium, Schlussbericht, Bern / Zürich, 1. Februar 2023.

¹⁹ Raumkonzept Schweiz abrufbar unter <https://www.are.admin.ch/are/de/home/raumentwicklung-und-raumplanung/strategie-und-planung/raumkonzept-schweiz.html>.

²⁰ Organisation und Agenda des Metropolitanraums Bodensee, abrufbar unter <https://metropolitanraum-bodensee.org/board.html>.

bereich unterzeichnet wurde, konnte darauf aufbauend die Vereinbarung zwischen der Universität St.Gallen (HSG) einerseits und dem Land Vorarlberg sowie den Illwerken vkw AG andererseits zur Gründung eines «HSG-Instituts für Computer Science» unterzeichnet werden. In der Zwischenzeit wurde das Institut gegründet und die Themen vertieft. Als künftige Schwerpunkte wurden «Big Data Infrastrukturen» und «Embedded Sensing Systems»²¹ festgelegt. Das Forum MRB 2024 wird unter Einbezug des Instituts vorbereitet.

4.2.3.d Switzerland Innovation Park Ost

Mit dem Switzerland Innovation Park Ost wurde die Grundlage für die Vernetzung und innovative Weiterentwicklung der Geschäftsfelder zahlreicher Branchen und Unternehmen geschaffen. Dies stärkt die nationale und internationale Positionierung des Kantons in zukunftsgerichteten Innovationsfeldern. Mit der Gründung der Switzerland Innovation Park Ost AG im September 2021 wird der Innovationspark zu einer Plattform aufgebaut, welche die Innovationstätigkeit in der Ostschweiz und im Fürstentum Liechtenstein nachhaltig stärkt. Der Switzerland Innovation Park Ost AG fokussiert auf die Schwerpunkte Gesundheit, Digitalisierung von Geschäftsmodellen sowie Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.

4.2.3.e Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Forschenden und Unternehmen zur Stärkung des Innovationsstandorts Bodensee

Der Kanton St.Gallen fördert über Interreg-ABH drei Labs des «Wissenschaftsverbands Vierländerregion Bodensee»: (1) Das «Circular Lab» entwickelt Kreislaufwirtschafts-Innovationen im Bereich Textil-, Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie (Lead der Universität St.Gallen). (2) Das Lab «EcoSystem IoT» entwickelt technische Lösungen und innovative Geschäftsmodelle im Bereich «Internet-of-Things (IoT)»-Services im Gebäudesektor. (3) Das oben genannte Mobilitätslab «SMILEE» sorgt für innovative regionalpolitische Anstösse im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität. Insgesamt beteiligen sich bereits zu Beginn über 30 Unternehmen an den drei Lab-Projekten.

4.2.3.f Stärkung des regionalen Zusammengehörigkeitsgefühls

Die Wahrnehmung des internationalen Bodenseeraums als einheitlicher Lebensraum durch ihre Bewohnerinnen und Bewohner benötigt Zeit: Die Landesgrenzen werden teilweise immer noch als Barrieren wahrgenommen – und im Grenzraum unterwegs zu sein, gilt als noch nicht selbstverständlich.²² Die Stärkung einer gemeinsamen Identität und das Zusammenbringen der Menschen über die Landesgrenzen hinweg erfordern eine stetige Vernetzung u.a. durch Kooperationen und Vernetzungsprojekte. Der IBK-Kleinprojektefonds hat zum Ziel, die traditionelle Verbundenheit der Menschen in den Grenzregionen zu stärken und die Identifizierung mit der Bodenseeregion zu erhöhen. Im Fokus stehen dabei kleinere grenzüberschreitende Projekte für Begegnung und Austausch.²³

4.2.3.g Austausch und Vernetzung in Krisen

Die Erfahrungen der Covid-19-Pandemie und die damit in Zusammenhang stehenden temporären Grenzschiessungen haben gezeigt, wie wichtig funktionierende Beziehungen über die Grenzen hinweg sind.²⁴ Der Kanton St.Gallen wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, den Austausch zu forcieren und die regionalen Kooperationsstrukturen aktiv weiterzuentwickeln.

²¹ Eingebettete Messsysteme.

²² Vgl. R. Scherer / S. Strauf (Hrsg.), Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, damals – heute – zukünftig, Kreuzlingen 2021, abrufbar unter [buch-grenzueberschreitende-web.pdf](#).

²³ Abrufbar unter <https://www.bodenseekonferenz.org/foerderprojekte#/liste>.

²⁴ Vgl. R. Scherer / S. Strauf (Hrsg.), Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, damals – heute – zukünftig, Kreuzlingen 2021, abrufbar unter [buch-grenzueberschreitende-web.pdf](#).

4.3 Stärkung der Energieversorgung im Grenzraum

4.3.1 Ausgangslage

Der Kanton St.Gallen hat sich in seinem Vorsitzjahr 2022/2023 in der Arge Alp auf das Thema der nachhaltigen Energie fokussiert und eine Diskussion zur «Energieversorgung im alpinen Grenzraum» angestossen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist zentral für eine effiziente, sichere und saubere Energieversorgung. Gerade der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die daraus folgende Energiekrise haben die grenzüberschreitende Verflechtung der Energieversorgung in Europa aufgezeigt. Grenzregionen können eine wichtige Scharnierrolle für die Zusammenarbeit in der Energieversorgung spielen. Wichtige Infrastruktur wie Gas-Pipelines, Strom-Übertragungsnetze und -Interkonnektoren befinden sich in Grenzregionen. Ebenfalls haben Grenzregionen Handlungsspielraum in Bereichen wie regionalen Bildungs- oder Forschungsprojekten oder der Entwicklung gemeinsamer Energiekonzepte.

Gleichzeitig verfügen Grenzregionen oft über wenig administrative und politische Verantwortlichkeit und Kompetenzen im Bereich Energieversorgung. Die Ausgestaltung der Energieversorgung ist historisch bedingt vor allem von nationalstaatlicher Ebene bestimmt. Im Kontext der EU wird Energieversorgung verstärkt auf supranationaler Ebene geregelt.²⁵

Die Umwelt mit einer nachhaltigen Energieversorgung ist ein neuer Schwerpunkt der Aussenpolitik des Bundes. Die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an dessen Folgen werden zu einer vordringlichen Aufgabe.²⁶

4.3.2 Ziele

Durch die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll ein Beitrag zur Verbesserung der Energieversorgung im Grenzraum geleistet werden.

4.3.3 Massnahmen

Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen sorgt aktiv dafür, dass in den verschiedenen Gefässen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit das Thema der Energieversorgung im Grenzraum platziert und weiterentwickelt wird. Als Massnahmen werden u.a. Fachtagungen und Vernetzungsanlässe organisiert.

4.3.3.a Expertenforum Wasserstoff

Der Kanton St.Gallen hat in seinem Vorsitzjahr der Arge Alp ein Expertenforum zum Thema Wasserstoff durchgeführt und eine Resolution mit Forderungen an die nationalstaatliche und europäische Ebene verabschiedet.²⁷ Die Arge Alp erachtet die Förderung nachhaltiger Energien als wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Energieversorgung sowie zu Erreichung der Klimaziele. Die Dekarbonisierung der grössten CO₂-emittierenden Sektoren wie Mobilität, Industrie und Gebäude zählt zu den wichtigen Massnahmen, um den Energiewandel und die Zielsetzungen von Netto Null²⁸ zu erreichen. Als Energieträger und Energiespeicher trägt grüner Wasserstoff²⁹ dazu bei, dass die Energiewende hin zu nachhaltigen und nicht fossilen Energieträgern gelingen kann. Dabei ist festzuhalten, dass die Vor- und Nachteile des grünen Wasserstoffs jeweils diffe-

²⁵ Staatskanzlei St.Gallen, Energieversorgung im alpinen Grenzraum – Handlungsfelder für verstärkte Zusammenarbeit, Schlussbericht, Zürich, 11. August 2023.

²⁶ Abrufbar unter https://www.eda.admin.ch/content/dam/eda/de/documents/aussenpolitik/strategien/entwurf_aussenpolitische-strategie_2024-2027_DE.pdf.

²⁷ Abrufbar unter: https://www.argealp.org/fileadmin/user_upload/Allgemein/Resolutionen/Arge_Alpe_Resolution_Wasserstoff_2023_Finale_Fassung_20231020_DE.pdf.

²⁸ Netto-Null-Ziel: Die Schweiz soll ab dem Jahr 2050 nicht mehr Treibhausgase in die Atmosphäre ausstossen, als durch natürliche und technische Speicher aufgenommen werden

²⁹ Grüner Wasserstoff: mittels Elektrolyseur gewonnener Wasserstoff, bei dem der Energiebedarf für die Elektrolyse aus erneuerbaren Energien wie Windenergie oder Sonnenenergie gedeckt wird.

renziert zu analysieren sind. Der Einsatz von grünem Wasserstoff ist dabei auf jene Bereiche auszurichten, die nicht durch eine Technologie mit einem höheren Wirkungsgrad abgedeckt werden kann.

Für das Jahr 2024 ist ein weiteres Wasserstoff-Expertenforum geplant. Das Expertenforum des Jahres 2023 hat die Vielfalt und Breite an Projekten zu grünem Wasserstoff in den Mitgliedsländern der Arge Alp gezeigt. Zudem soll die Anbindung an Wasserstoff-Pipelines sichergestellt werden (Versorgungssicherheit). In verschiedenen Mitgliedsländern der Arge Alp werden Strategien zu grünem Wasserstoff entwickelt. Durch eine Weiterführung des Expertenforums können die Vernetzung und der grenzüberschreitende Know-how-Transfer unter den einzelnen Projekten und Expertinnen bzw. Experten gefördert werden. Dies soll auch einen Beitrag zur Entwicklung von regionalen Wasserstoff-Ökosystemen leisten. Das Expertenforum soll als Informationsdrehscheibe und Netzwerk-Plattform für die grenzüberschreitende Koordination von Ideen und Initiativen fungieren und die Unterstützung im Aufbau von Leuchtturmprojekten verstärken.

4.3.3.b Energieversorgung im Grenzraum

Der Kanton St.Gallen hat in seinem Vorsitzjahr eine Diskussion zur «Energieversorgung im alpinen Grenzraum» in der Arge Alp angestossen. Im Fokus stehen dabei die Handlungsfelder «Energiepolitik harmonisieren», «Strommärkte integrieren», «Gasversorgung sichern und für Klimaneutralität umbauen» sowie «grenzüberschreitende Energieregionen aufbauen». Eine erste Auslegung mit den Arge-Alp-Mitgliedern hat ergeben, dass die beiden Themenbereiche «Gasversorgung sichern und für Klimaneutralität umbauen» und «grenzüberschreitende Energieregionen aufbauen» für künftige Aktivitäten relevant sind.

4.3.3.c Energieversorgung als Thema der Regierungskommission Bodensee 2024

Auch im Grenzraum Bodensee ist die Energieversorgung ein Thema von grosser Bedeutung. Für die Regierungskommission Bodensee 2024 wird daher als mögliches Schwerpunktthema die Energieversorgung im Grenzraum (Strom, Gas, Versorgungslisten, Speicher) eingeplant.

4.3.3.d Stärkung des politischen Netzwerks

Nebst der inhaltlichen Vernetzung insbesondere im Bereich nachhaltige Energie will der Kanton St.Gallen das politische Netzwerk innerhalb der Arge Alp in Zukunft pflegen und strategisch nutzen. Die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit zwischen den Arge-Alp-Regionen hat eine Vielzahl an politischen Kontakten zur Folge, welche die Weiterentwicklung des Alpenraums mit seinen spezifischen Herausforderungen unterstützen können.

Die Arge Alp ist ein geeignetes Gremium, um sich mit anderen Regionen zu aktuellen Fragestellungen auszutauschen. In den letzten Jahren hat es sich bewährt, zu einem Schwerpunktthema (wie zum Beispiel der Wasserkraft oder dem Wolf) eine Expertentagung durchzuführen, sich in den Arge-Alp-Regionen zu Best-Practice-Beispielen auszutauschen und im besten Fall ein gemeinsames Projekt zu realisieren. Für die Vertretung der Interessen des alpinen Raums sind auch die Formulierung der jeweiligen Anliegen an die nationalstaatliche und an die europäische Ebene von grosser Bedeutung.

4.4 Förderung stabiler Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

4.4.1 Ausgangslage

Der Fokus der st.gallischen Aussenpolitik liegt auf der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Die Bodenseeregion im Herzen Europas mit den vier Bodensee-Anrainerländern Deutschland, Österreich, dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz ist eine Modellregion für eine konstruktive und zukunftsgerichtete Zusammenarbeit. In der Region wohnen rund vier Millionen

Menschen, die Volkswirtschaft entspricht der Grösse Finnlands und es pendeln täglich 57'400 Pendlerinnen und Pendler über die Grenze. Die Region gehört zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen in Europa.³⁰

Für die Regierung sind gute Beziehungen der Schweiz zur EU von vitaler Bedeutung. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Der bilaterale Weg ist von grundlegender Bedeutung für eine prosperierende Schweizer Wirtschaft und insbesondere für den Kanton St.Gallen als exportorientierter Grenzkanton. Die Regierung hat ihre Haltung zu diversen europapolitischen Fragestellungen in der Vergangenheit bei der Beantwortung verschiedener Interpellationen und Einfachen Anfragen aufgezeigt.³¹

Nach dem Abbruch der Verhandlungen über ein institutionalisiertes Rahmenabkommen mit der EU haben sich die Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter der IBK in verschiedenen Appellen und Schreiben an den Bundesrat und die Europäische Kommission gewendet und dem Anliegen Ausdruck verliehen, dass wieder eine enge und rechtssichere Kooperation zwischen der EU und der Schweiz erforderlich ist, zuletzt anlässlich der Delegationsreise der IBK nach Brüssel im Juni 2023.³² In einer gemeinsamen Erklärung äussern sich die IBK-Mitglieder besorgt über die schleichende Erosion der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU und stellen bereits zum heutigen Zeitpunkt konkrete Auswirkungen fest – z.B. in der Forschungszusammenarbeit, in der Stromversorgungssicherheit oder in der Anerkennung von Konformitätsbewertungen für Industrieprodukte.

4.4.2 Ziele

Für die St.Galler Unternehmen und die Exportwirtschaft ist der Zugang zum EU-Binnenmarkt essenziell: Rund 60 Prozent der Exporte gehen in die EU und auch die rund 10'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit Hauptwohnsitz im Ausland sind für den St.Galler Arbeitsmarkt sehr wichtig. Zudem ist die europäische Forschungszusammenarbeit essenziell für die St.Galler Hochschulen, die Empa und auch die Wirtschaft. Forschende und Innovatoren an Schweizer Hochschulen und in der Privatwirtschaft beteiligen sich seit dem Jahr 1987 an den EU-Rahmenprogrammen (Horizon), aktuell allerdings nur als nicht assoziiertes Drittland. Gute und verlässliche Beziehungen sind zentral für Wirtschaft und Gesellschaft. Das künftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU muss rechtssicher, verlässlich und offen für neue Kooperationsfelder ausgestattet sein. Die Regierung wird sich auch in den kommenden Jahren im Rahmen ihrer Aussenbeziehungen im bilateralen Kontakt und in der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, im Rahmen von Gefässen wie der IBK und der KdK stark für die spezifischen Interessen des exportorientierten Grenzkantons St.Gallen einsetzen.

4.4.3 Massnahmen

Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen bereitet jeweils das Europadossier der KdK für die Regierung auf und koordiniert kantonsintern Stellungnahmen im Rahmen von Mitberichten und im Rahmen des Netzwerks Europapolitik. Ferner werden Austausch und Gespräche mit Vertretungen aus den Nachbarländern organisiert. Im Auftrag der ORK führt die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen zudem die Interreg-Netzwerkstelle Ostschweiz und wirkt aktiv im Rahmen des Schweizer Vorsitzes in der EUSALP mit.

³⁰ Die internationale Bodenseeregion in Zahlen 2021, abrufbar unter <https://www.statistik-bodensee.org/region-inzahlen.html>.

³¹ Vgl. Antworten der Regierung vom 23. Mai 2023 auf die Einfache Anfrage 61.23.17 «Setzt die KdK die falschen Prioritäten?», vom 24. August 2021 auf die Einfache Anfrage 61.21.38: «Gescheiterte Verhandlungen zum Rahmenabkommen: Folgen für den Grenzkanton St.Gallen?», vom 18. Januar 2022 auf die Einfache Anfrage 61.21.71 «St.Gallen braucht Europa» sowie vom 9. Mai 2023 auf die Interpellation 51.23.06 «Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie».

³² Bodensee-Informationsdienst, abrufbar unter <https://www.bodenseekonferenz.org/35237/Bodensee-Informationsdienst/index.aspx?newsid=26535&newsrefid=35237&row=0&newsrefaddcoid=&nafrom=&nato=>.

4.4.3.a Europapolitische Meinungsbildung und Interessenvertretung im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen

Die KdK hat im Jahr 2021 eine Europakommission eingesetzt, die während den vergangenen beiden Jahren eine neue europapolitische Standortbestimmung der Kantone vorbereitete. Seitens der ORK wurde der Vorsteher des FD in die Europakommission delegiert. Er vertritt dort die Anliegen der Ostschweizer Kantone. Kantonsintern wurde im Frühjahr 2022 das Netzwerk Europapolitik initiiert. Ziel dieses Netzwerks ist es, Stellungnahmen bei Positionsbezügen der KdK-Europakommission vorzubereiten. Ferner nimmt das Netzwerk Einschätzungen vor, welche europapolitischen Themenbereiche für den Kanton St.Gallen von prioritärer Bedeutung sind, und dient als Kompetenznetzwerk in der kantonalen Verwaltung für europapolitische Fragestellungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung / Forschung, Strom / Energie, Personenfreizügigkeit, Innere Sicherheit, Steuern / Finanzen / Staatliche Beihilfen, grenzüberschreitende Beziehungen, MRA/Marktzugang³³ sowie Klimapolitik. Die Kantone haben anlässlich der KdK-Plenarkonferenz vom 24. März 2023 die neue europapolitische Standortbestimmung verabschiedet.³⁴ Die Kantone haben damit als institutioneller Partner des Bundes signalisiert, den Bundesrat bei den künftigen Verhandlungen zu unterstützen.

4.4.3.b Bilaterale Kontakte mit den Nachbarländern

Die Regierung pflegt regelmässige Austausch mit politischen Vertreterinnen und Vertretern aus den Nachbarländern, um Fragestellungen rund um europapolitische Themen zu vertiefen. Im Fokus stehen dabei Gespräche mit Regierungsmitgliedern des Landes Vorarlberg, des Freistaates Bayern und des Landes Baden-Württemberg sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Landkreise. Diese Netzwerke sind wertvoll und unterstützen parallel die Bemühungen des Bundesrates. Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Monaten immer wieder in Brüssel für die Schweiz eingesetzt und sprach sich insbesondere dafür aus, dass die Schweiz beim Forschungsprogramm Horizon Europe wieder voll assoziiert wird. Derzeit schreibt das Land Baden-Württemberg seine Schweiz-Strategie fort. Diese soll im Januar 2024 verabschiedet werden. Die Grenzkantone werden bei der Fortschreibung miteinbezogen und haben im Rahmen einer Stakeholder-Konferenz Schwerpunkte der gemeinsamen Beziehungen identifiziert.

4.4.3.c Aktive Mitwirkung bei den europäischen Initiativen Interreg und EUSALP

Die engen Beziehungen des Kantons St.Gallen zu seinen Nachbarn sowie die aktive Mitwirkung an der Aussen- und Europapolitik bilden eine solide Basis für die Kooperation im Rahmen der Multilevel-Governance-Organisation EUSALP. Im Jahr 2023 führt zum ersten Mal die Schweiz und damit auch zum ersten Mal ein Nicht-EU-Land den Vorsitz in der EUSALP. Dieses Mandat wurde durch die Kantone in Zusammenarbeit mit dem Bund übernommen. Es war den Kantonen ein grosses Anliegen, ein Zeichen für die Bedeutung der grenzüberschreitenden Beziehungen in Europa zu setzen. Der Schweizer Vorsitz konzentriert sich inhaltlich auf die drei Themen Kreislaufwirtschaft, Wasser und Verkehr / Mobilität. Der Kanton St.Gallen war im Herbst 2023 Gastgeber des Annual Forums und der General Assembly Meetings in Bad Ragaz. Die Schweiz hat sich für ihr Vorsitzjahr zum Ziel gesetzt, den Aktionsplan der EUSALP einer Revision zu unterziehen. Seit der Einrichtung der EUSALP haben sich die Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alpenraum wesentlich verändert: Es geht darum, künftig die Resilienz angesichts der grossen Herausforderungen in den Bereichen Klimawandel, Energie und Biodiversität zu stärken.

³³ MRA = Mutual Recognition Agreements (staatsvertragliche Vereinbarungen zum Abbau technischer Handelshemmnisse und für einen möglichst ungehinderten Zugang zu ausländischen Märkten).

³⁴ Standortbestimmung der Kantone vom 24. März 2023, abrufbar unter <https://kdk.ch/fileadmin/redaktion/aktuell/medienmitteilungen/2023/Stelg-20230324-Standortbestimmung-DE.pdf>.

Interreg ist ein zentrales Instrument der kleinen Aussenpolitik für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der EU und mit den Nachbarländern Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg sowie dem Fürstentum Liechtenstein. Interreg bewirkt auf Ebene der Verwaltung und der Politik, dass sich eine vertrauensvolle und vertiefte Zusammenarbeit entwickelt und dass die Nachbarregionen Verständnis für die Schweizer Anliegen und Positionen haben. Mit den Projekten entwickeln sich wichtige grenzüberschreitende Netzwerke und Synergiepotenziale, welche die Region voranbringen. Zudem geben sie einen An Schub, um grenzüberschreitende Potenziale auszuschöpfen. Es ist festzustellen, dass die meisten Projekte eine Schweizer Beteiligung aufweisen, was für die Attraktivität des Förderprogramms für Schweizer Projektpartner spricht. Damit besteht auch für die Förderperiode 2021–2027 die Aussicht, dass das Interreg-Programm ABH der Region wichtige und innovative Anstösse geben wird.

4.5 Stärkung Zusammenarbeit Ostschweizer Kantone

4.5.1 Ausgangslage

Im Rahmen der Covid-19-Pandemie gelang es den Kantonen St.Gallen, Appenzell Ausserrhodens, Appenzell Innerrhodens und Thurgau, sich bei Vernehmlassungen des Bundes vermehrt abzusprechen und eine gemeinsame Haltung zu kommunizieren. Die Ostschweiz fand damit zunehmend Gehör auf Bundesebene und in den Medien. Diese gute Ausgangslage soll genutzt werden und es sollen konsequent und aktiv gemeinsame Positionen zwischen den Ostschweizer Kantonen identifiziert werden.

Die Zusammenarbeit unter den Ostschweizer Kantonen ist ein zentraler Erfolgsfaktor, um Synergien zu nutzen, Themen effizient gemeinsam voranzubringen sowie Gehör auf nationaler Ebene zu erhalten. Eine Herausforderung bildet aber die unterschiedliche Ausgangslage der Ostschweizer Kantone: Bei den unterschiedlichen Ausgangslagen u.a. bezüglich gesellschaftlicher und finanzieller Ausrichtung können divergierende Interessen auftreten. Aufgrund der Heterogenität der Ostschweizer Kantone kommen gemeinsame Positionen nicht immer zustande. Künftig muss es verstärkt darum gehen, gemeinsame Positionen zu identifizieren und diese wirksam auf eidgenössischer Ebene einzubringen.

4.5.2 Ziele

Die Ostschweizer Kantone erweitern ihre Zusammenarbeit in strategischen Themen laufend weiter und stehen gemeinsam für die Interessen der Ostschweiz ein.

4.5.3 Massnahmen

Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen führt die Geschäftsstelle der ORK und unterstützen die Regierung und die Departemente in der interkantonalen Zusammenarbeit.

4.5.3.a Strategische Stärkung der Ostschweizer Regierungskonferenz

Mit der im Jahr 2023 beschlossenen und eingeleiteten strategischen Stärkung ist die ORK gut aufgestellt, um Ostschweizer Interessen künftig besser zur koordinieren und verstärkt auf eidgenössischer Ebene einzubringen. Mit dem neu geschaffenen Leitenden Ausschuss werden die politische Abstützung der ORK und das Commitment der Regierungen gegenüber der ORK gestärkt. Das politisch zusammengesetzte Gremium kümmert sich um die Themensetzung in der ORK, um die Abbildung der Themenvielfalt der Ostschweiz sowie um das koordinierte Einbringen der Interessen der Ostschweiz gegenüber dem Bund. Der Leitende Ausschuss organisiert sich in einem Ressortsystem, so dass klare inhaltliche Zuständigkeiten bestehen, die helfen, Themen aktiv voranzutreiben. Mittels eines Monitorings werden aktuelle Bundesgeschäfte, die für die Ostschweizer Kantone von Bedeutung sind, beobachtet und bei Bedarf Interventionen beschlossen.

4.5.3.b Präsenz der Ostschweizer Kantone in Bern

Auch in Zukunft werden die erfolgreichen Gefässe der Interessenvertretung der ORK weitergeführt. Im Zentrum stehen dabei die ORK-Sessionsbesuche, bei denen aktuelle Bundesgeschäfte vertieft werden und das Netzwerk zu den ostschweizerischen Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern gestärkt und ausgebaut wird. Nebst den Kontakten zur Legislative organisiert die Geschäftsstelle der ORK seit dem Jahr 2023 einen ORK-Kaderanlass, um das Netzwerk der ORK zu Personen in Schlüsselpositionen in der Bundesverwaltung zu stärken. Die hohen Teilnehmerzahlen bestätigen das Interesse an den Veranstaltungen.

Einmal jährlich trifft sich eine ORK-Delegation mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter, um Themen mit Ostschweizer Bezug zu erörtern und sich über aktuelle Fragestellungen, die das Eidgenössische Finanzdepartement betreffen, auszutauschen. Daneben trifft sich die ORK bei Bedarf mit weiteren Mitgliedern des Bundesrates, um Ostschweizer Anliegen zu aufzugreifen.

Schwerpunktmässig wird es in den nächsten Jahren darum gehen, dass die ORK die Interessen der Ostschweizer Kantone insbesondere bei Infrastrukturvorhaben des Bundes aktiv einbringt, wie zum Beispiel in den Ausbauprogrammen der Bahninfrastruktur und im strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen.

4.5.3.c Verstärkte Abstimmungen in der interkantonalen Zusammenarbeit

Die in den letzten Jahren etablierte Verstärkung der interkantonalen Zusammenarbeit in diversen Themenfeldern wird fortgeführt. Zu nennen sind hierzu beispielsweise verstärkte Kooperationen zwischen den Kantonen St.Gallen und Thurgau im Bereich der digitalen Services der politischen Rechte, im Projektforum «digitale Verwaltung» oder im Projektforum «Schaffung von digitalen Zugängen zu staatlichen Services für die Bevölkerung». Zwischen den Kantonen St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Thurgau werden die strategischen Projekte im Bereich Datenschutz, Archäologie, E-Government und Informatik sowie Innovation fortgeführt.

4.5.3.d Absichtserklärung strategische Zusammenarbeit

Die Kantone Thurgau, St.Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden beabsichtigen, ihre Zusammenarbeit weiter zu verstärken. Darauf haben sie sich in einer gemeinsamen Absichtserklärung verständigt. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Bereiche Raumentwicklung, Verkehr, Bildung, Kultur, Innovation, Digitalisierung, Abwehr von Naturgefahren, Sicherheit und Krisenbewältigung.

5 Antrag

Wir beantragen Ihnen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, auf den vorliegenden Bericht einzutreten.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Anhänge

Anhang 1: Stand Umsetzung thematische Handlungsfelder 2020–2024

Nachfolgend werden die im Strategiebericht 2020 thematisierten Schwerpunkte summarisch aufgeführt und ergänzt mit Ausführungen zum aktuellen Stand der Umsetzung.

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen		
Sich Gehör in der Bundespolitik verschaffen	Die Regierung steht in regelmässigem Kontakt mit den st.gallischen Mitgliedern der Bundesversammlung und bringt die Interessen des Kantons bei wichtigen Bundesvorlagen ein.	Es finden mehrmals jährlich inhaltliche Austausche mit den st.gallischen Bundesparlamentarier/innen statt. Mit den beiden Ständeräten erfolgt ebenfalls ein enger Austausch.
Mitwirkung in der Aussen- und Innenpolitik	Der Kanton St.Gallen bringt seine Interessen bei aussen- und europapolitischen sowie wichtigen staatspolitischen Themen direkt oder aktiv via Stellungnahmen zu Positionsbezügen im Rahmen der KdK ein.	Der Kanton St.Gallen bringt sich aktiv in Positionsbezügen der KdK ein.
Ostschweizer Allianzen anstreben	Das Kerngremium der Zusammenarbeit zwischen den Ostschweizer Kantonsregierungen ist die ORK. In jenen Themenbereichen, in denen ein gemeinsamer Nenner besteht, wird eine Zusammenarbeit angestrebt und vermehrt gemeinsam für Ostschweizer Anliegen in der Bundespolitik eingestanden.	Die ORK konnte im Jahr 2023 mit der Schaffung des Leitenden Ausschusses der ORK strategisch gestärkt werden. Ebenfalls gestärkt wurde die Präsenz in Bern.
Aktiv im Metropolitanraum Zürich mitwirken	Die Verflechtungen der Räume Rapperswil-Jona und Wil mit dem Metropolitanraum Zürich sind eng und vielfältig. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Lebensräume des Metropolitanraums Zürich zeigt damit Auswirkungen in Teilen des Kanton St.Gallen.	Der Kanton St.Gallen bringt sich als Vollmitglied im Verein und in der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich ein.
Zusammenarbeit im Bodenseeraum weiterentwickeln	Die Regierung setzt sich im Rahmen der IBK für den Erhalt der Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsraum sowie für die regionale Zusammengehörigkeit und die gesellschaftliche Weiterentwicklung ein.	Der Kanton St.Gallen erachtet den Austausch im Rahmen der IBK als gewinnbringend und nutzt die Netzwerkpflge aktiv. Insbesondere die Förderung der Mobilität im Bodenseeraum wird prioritär verfolgt.

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen		
Gemeinsame Lösungen für Alpenthemen finden	Der Kanton St.Gallen setzt sich dafür ein, dass die Arge Alp auf dem politischen Parkett stärker wahrgenommen wird. Dies gilt umso mehr, als die Zusammenarbeit und die daraus entstehenden Kontakte auf der technischen und politischen Ebene für den Kanton St.Gallen wertvoll sind. Die Arge Alp ermöglicht es dem Kanton St.Gallen, sich insbesondere über relevante Themen wie Schwerverkehr, Klimawandel oder Forstwirtschaft auszutauschen.	Der Kanton St.Gallen hat in seinem Vorsitzjahr 2023 Akzente im Energiebereich gesetzt.
Interreg-Programm als Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nutzen	Eine wichtige Basis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist das Interreg-Programm ABH. In gemeinsamen Programmierungssitzungen bereiten sich die EU-Partner und die am ABH-Programm beteiligten Kantone auf die sechste Förderperiode 2021–2027 vor.	Die sechste Förderperiode befindet sich derzeit in der Umsetzung.
Internationale Kontakte pflegen	Mit der Region Liberec in Tschechien verband den Kanton St.Gallen eine langjährige Partnerschaft. Ein besonderer Aspekt dabei war das konkrete Fachprogramm, das jeweils konkrete Fachaustausche für drei Jahre vorsieht. Ferner bestehen zwischen dem Friaul in Italien und dem Kanton St.Gallen Beziehungen. Der Verein «Pro Friuli» pflegt in Zusammenarbeit mit dem Kanton St.Gallen die kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen beider Regionen.	Wie in Abschnitt 3.2.2 ausgeführt, legt der Kanton St.Gallen den Fokus des ausserpolitischen Engagements auf den Grenzraum und die Nachbarkantone. Die Partnerschaft mit Liberec wird in der bisherigen Form und Intensität nicht mehr weitergeführt. Auf die Erarbeitung von Umsetzungsprogrammen wird in Zukunft verzichtet. Zwischen dem Friaul und dem Kanton St.Gallen finden punktuelle Austausche statt, u.a. zu landwirtschaftlichen Themen (Mais, Weinbau).
Innovationsfähigkeit stärken		
Switzerland Innovation Park Ost	Die Regierung misst der Stärkung des Innovationsstandorts Ostschweiz eine hohe strategische Bedeutung bei. Der Switzerland Innovation Park Ost ist im Sinn einer Public-c Private-Partnership als Aktiengesellschaft ausgestaltet. Neben dem Kanton St.Gallen, der den Aufbau des Switzerland	Wie in Abschnitt 4.2.3.d ausgeführt, wurde mit dem Switzerland Innovation Park Ost die Grundlage für die Vernetzung und innovative Weiterentwicklung der Geschäftsfelder zahlreicher Branchen und Unternehmen geschaffen.

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen		
	Innovation Parks Ost mit einer Anschubfinanzierung unterstützt, sind auch Forschungsinstitutionen, Firmen, Verbände und Stiftungen Aktionäre des Switzerland Innovation Parks Ost. Mit den Innovationsschwerpunkten Gesundheit, Digitalisierung sowie MEM-Industrie (Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie) fokussiert sich der Switzerland Innovation Park Ost auf Kernkompetenzen der Ostschweizer Wirtschaft sowie der Ostschweizer Forschungsinstitutionen.	
Digitalisierungsinitiative Bodensee	Mit dem Projekt «Digitalisierungsoffensive Bodensee», an dem der Kanton St.Gallen aktiv teilnimmt, führt die IBK die Digitalisierungsaktivitäten der Länder und Kantone rund um den See zusammen. Ziel des Projekts ist es, den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu den digitalen Kompetenzen zu erleichtern.	In der zweiten Phase des Projekts werden Leitthemen bearbeitet: Künstliche Intelligenz (2022), Mobilität (2023) und Nachhaltige Entwicklung (2024). Weiter wird auch das Thema Verwaltung und Digitalisierung angegangen.
Modellregion Kooperation Hochschulen	Die Internationale Bodenseehochschule (IBH) ist der grösste hochschulartenübergreifende Verbund Europas. Die IBH vereint unter einem Dach 30 Hochschulen aus Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz. Die Zusammenarbeit erfolgt in den Bereichen Forschung, Lehre und Transfer.	Ab dem Jahr 2022 heisst die IBH neu Wissenschaftsverbund Vierländerregion Bodensee EVTZmbH. Es engagieren sich 25 Universitäten und Hochschulen im grössten hochschularten-übergreifenden Verbund Europas. 115'000 Studierende gestalten den grenzüberschreitenden Bildungsraum und bilden den Talentpool der Vierländerregion.
Funktionale Räume aktiv gestalten		
Fortschreibung Agglomerationsprogramme	Alle Agglomerationen «Obersee», «Rheintal», «St.Gallen-Bodensee», «Werdenberg-Liechtenstein» und «Wil» sind in die Erarbeitung eines Programms 5. Generation gestartet. Schwerpunktthemen bilden die Anpassung der Siedlungen an den Klimawandel (Frei- und Grünraumgestaltung) und die Verkehrsdrehscheiben.	Die Programme der 4. Generation (Agglomerationen «Obersee», «Rheintal», «St.Gallen-Bodensee» und «Wil») wurden vom Bundesrat an seiner Sitzung vom 23. Februar 2023 genehmigt und die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2024 für Beiträge an Mass-

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen	Weitere Schwerpunkt der Tätigkeiten in den Agglomerationen bilden die fristgerechte Umsetzung der Massnahmen aus den Generationen 1 bis 4 und die grenzüberschreitenden Abstimmungen im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen.	nahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr wurde zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Die Verabschiedung des Geschäfts wird in der Wintersession 2023 erwartet.
Zielbild Raum und Verkehr	Das Zielbild Raum und Verkehr der IBK, welches ein gemeinsames Raumverständnis für die Bodenseeregion postuliert, wurde im Jahr 2021 durch die IBK-Regierungschefkonferenz verabschiedet. ³⁵	Im Rahmen der Bestrebungen «Metropolitanraum Bodensee» fand eine vertiefte räumliche Auseinandersetzung mit dem engeren Bodenseeraum statt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden mit den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau konsolidiert und in einem Positionspapier aufbereitet. Dieses dient mit Blick auf die Überarbeitung des Raumkonzepts Schweiz als Input zuhanden der Tripartiten Konferenz.
Hochwasserschutz «Rhesi»	Die Internationale Rheinregulierung (IRR) erarbeitet das Genehmigungsprojekt für «Rhesi» (Rhein, Erholung und Sicherheit). Im Anschluss soll die öffentliche Planaufgabe im Land Vorarlberg und im Kanton St.Gallen durchgeführt werden sowie ein Staatsvertrag verhandelt werden. Ziel ist es, dass die Umsetzung auf beiden Seiten des Rheins simultan erfolgt, insbesondere bei Naturschutzvorgaben und Auflagen für die Landwirtschaft.	Der Staatsvertrag soll Ende 2023 / Anfang 2024 paraphiert und von den eidgenössischen Räten zwischen Frühjahr 2024 und Frühjahr 2025 genehmigt werden. Die öffentliche Planaufgabe ist für 2026 geplant.
Ertüchtigung Rheindämme	Aufgrund der Ergebnisse aus den Untersuchungen der Rheindämme zwischen Bad Ragaz und Rüthi wurde zusammen mit dem Fürstentum Liechtenstein das gemeinsame Projekt «Ertüchtigung Rheindämme FL/SG» gestartet. Das Projekt sieht vor, dass auf dem Rheinabschnitt FL/SG ein gemeinsames Sanierungsprojekt	Prioritärer Abschnitt Sevelen–Buchs (rund 5 km): Das Mitwirkungsverfahren wurde im Frühjahr 2023 durchgeführt, das Auflageprojekt ist in Arbeit, die erste bauliche Umsetzung ist im Jahr 2024 geplant. Die Planungen für die Aufweitungen Schaan–Buchs–Eschen und Sevelen–Vaduz

³⁵ Abrufbar unter: <https://www.bodenseekonferenz.org/zielbild-raum-verkehr>.

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen		
	für die Hochwasserdämme erarbeitet wird.	zusammen mit dem Fürstentum Liechtenstein befinden sich in Arbeit.
Entwicklungsschwerpunkt Wil West	Mit dem Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wil West entsteht ein attraktiver Standort mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig wird die Verkehrssituation in der gesamten Region über Kantons- und Gemeindegrenzen hinaus deutlich verbessert. In der Charta zum ESP Wil West haben die Kantone Thurgau und St.Gallen sowie die 22 Gemeinden der Regio Wil gemeinsame Ziele für die Standortentwicklung festgelegt.	Der Sonderkredit zur Arealentwicklung Wil West wurde am 25. September 2022 durch die St.Galler Stimmberechtigten abgelehnt. Das geplante Wirtschaftsareal kann somit nicht durch den Kanton St.Gallen entwickelt und vermarktet werden. Der ESP Wil West, der sich auf Kantonsgebiet des Kantons Thurgau befindet, soll gemäss Absicht der Projektpartner jedoch weiterentwickelt werden. Im Dialog mit Vertretungen aus den beiden Kantonsparlamenten wird derzeit an Lösungen für die Zukunft von Wil West gearbeitet.
Bodanrail	Im Rahmen der IBK soll unter Federführung der IBK-Kommission Verkehr und damit unter dem Lead des Kantons St.Gallen gestützt auf die IBK-Strategie 2018–2022 ein Leitbild für das Bahnangebot im Bodenseeraum entwickelt werden. Ziel des Projekts «Bodanrail» ist es, die Probleme der Grenzübergänge in die nationalen Bahnplanungen einzubringen sowie die nationalen und kantonalen Planungen kontinuierlich aufeinander abzustimmen.	Wie in Abschnitt 4.1.3.a beschrieben, wird mit dem Projekt Bodanrail 2045 der IBK die grenzüberschreitende Abstimmung und Optimierung der Planungen im Schienenpersonenverkehr im Bodenseeraum intensiviert.
E-Mobilität Bodensee	In der Bodenseeregion bestehen in Bezug auf E-Mobilität zahlreiche Aktivitäten, aber diese sind vereinzelt und nicht für den ganzen Bodenseeraum nutzbar. Projektziel ist, das Potenzial der E-Mobilität im Bodenseeraum zur Erreichung eines nachhaltigen Energie- und Verkehrssystems vorbildlich auszuschöpfen.	Wie in Abschnitt 4.1.3.d beschreiben, tauschen sich Energieversorger, Arbeitgeber, Mobilitätsanbieter, Tourismusakteure und öffentliche Hand über konkrete Aktivitäten und Lösungen zu den einzelnen Handlungsfeldern der E-Charta aus.
Verbesserungen im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr	Für die Verbindungen im öffentlichen Verkehr nach Vorarlberg und ins Fürstentum Liechtenstein sollen in den	Teil der Massnahmen der «Trilateralen Kommission öffentlicher Verkehr Vorarlberg–St.Gallen–Liechtenstein» ist die Ticketintegration für eine

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen	<p>nächsten Jahren Verbesserungen erreicht werden. Zudem sollen Vereinfachungen der Tarife und des Zugangs zu den Tickets des öffentlichen Verkehrs bei grenzüberschreitenden Verbindungen u.a. mit dem Ziel realisiert werden, einen Teil der Pendlerinnen und Pendlern aus Vorarlberg in den Kanton St.Gallen vom motorisierten Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr zu lenken.</p>	<p>kostenlose grenzüberschreitende Reise mit dem öffentlichen Verkehr (Toolboxgeschäfte) zu Kulturinstitutionen und Kulturveranstaltungen. Die Teilprojekte «Freie Fahrt zur Kultur für Schulklassen», «Freie Fahrt zu Konzert und Theater» und «Reiseziel Museum» laufen ab dem zweiten Halbjahr 2023 bzw. ab dem neuen Schuljahr 2024/2025 vorerst bis 2027.</p> <p>Siehe auch die Ausführungen zur trilaterale Absichtserklärung in Abschnitt 4.1.3.f.</p>
Standort Ostschweiz stärken	<p>Durch eine Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Kantone im internationalen Bodenseeraum soll dessen Profilierung und Wahrnehmung gestärkt werden. In Zukunft muss es darum gehen, den Verflechtungsraum Bodensee gezielt zu entwickeln und zu vernetzen, um das grosse Potenzial noch besser realisieren zu können</p> <p>Insbesondere sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass der Internationale Bodenseeraum im Raumkonzept Schweiz differenziert und mit Fokus auf das Grenzüberschreitende dargestellt wird.</p>	<p>Das Thema der Profilierung und Wahrnehmung des Internationalen Bodenseeraums ist, wie in Abschnitt 4.2 beschrieben, auch für die Jahre 2024–2028 ein Schwerpunkt der Aussenbeziehungen.</p>
Bahnausbauschnitt 2035 und 2045	<p>Der Regierung ist es ein Anliegen, die gute Zusammenarbeit der Ostschweizer Kantone im Bereich Ausbau des Eisenbahnnetzes fortzuführen und zu intensivieren. Für die Konsolidierung des Ausbauschnittes 2035 und die Eingabe zum Bahnausbauschnitt 2045 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur ist ein einheitlicher Auftritt aller Ostschweizer Kantone vorgesehen.</p>	<p>Siehe dazu die enge Abstimmung unter den Ostschweizer Kantonen im Bereich des öffentlichen Verkehrs in Abschnitt 4.1.3.g.</p>

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen		
Pionierarbeit leisten		
Digitalisierungsstrategie im Bildungsbereich	Die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 21. Juni 2018 die Strategie für den Wandel durch Digitalisierung im Bildungsbereich verabschiedet. Mit der Strategie wurden die Ziele der Kantone für den Umgang mit dem Wandel durch Digitalisierung festgelegt.	Der Kanton St.Gallen hat mit der IT-Bildungsoffensive die Mehrheit dieser Ziele vorweggenommen und Pionierarbeit geleistet.
Strategie Austausch und Mobilität	Bund und Kantone haben im Oktober 2017 eine «Schweizerische Strategie Austausch und Mobilität» verabschiedet. Ziel ist eine qualitative und quantitative Stärkung von Austausch und Mobilität im schulischen Bereich. Die Kantone verstärken ihre Aktivitäten durch Koordinationsleistungen.	Das Bildungsdepartement finanziert ein kleineres Pensum für den Austauschverantwortlichen für die Volksschulstufe, der koordinative und beratende Dienstleistungen anbietet.
Digitalisierung im Verkehrsbereich	Automatisierung und Digitalisierung werden die Mobilität und den Verkehr markant verändern. Seitens des Kantons St.Gallen sind Projekte zum Verkehrsmanagement, zur Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs mittels Linienerkennung und zu grenzüberschreitende Verkehrsmodellen in Vorbereitung.	Bis Ende 2024 wird das Gebiet St.Gallen als erste Region mit der öV-Linienerkennung ausgestattet sein. Als zweites folgt danach Rapperswil. Das grenzüberschreitende Verkehrsmodell «Mittleres Rheintal» ist im Jahr 2023 fertiggestellt worden. Es gibt einen halbjährlichen Austausch hinsichtlich Modellnutzung und Modellanpassungen.
Koordination Informatikaufgaben	Im Rahmen des Vereins Koordination Informatikaufgaben Strassenverkehrsamt (KISTRA) wird das CARI E-Government entwickelt. Mit dieser Informatiklösung wird eine Kundin oder ein Kunde einen Grossteil seiner oder ihrer Geschäftsfälle beim Strassenverkehrsamt von zu Hause aus oder unterwegs abwickeln können. Der Kanton St.Gallen übernimmt dabei eine führende Rolle.	Das Testing der fachlichen Prüfung der Applikationen mit diversen Kantonen läuft. In funktioneller Hinsicht steht die Informatiklösung kurz vor dem Abschluss. Die Schaffung der rechtlichen Grundlagen im Kanton St.Gallen ist gegenwärtig in Bearbeitung (Behördenabfrage).
Cyber-Schutz-Strategie	Der Kanton St.Gallen ist der erste Kanton, der eine kantonale Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken erarbeitet. Um	Die St.Galler Strategie zum Schutz von Cyber-Risiken

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen	die strategischen Ziele der Regierung erreichen zu können, müssen die Rollen und Aufgaben mit Bezug auf die potenziellen Opfer beim Cyber-Schutz geklärt werden.	wurde am 28. April 2020 durch die Regierung genehmigt. ³⁶
Bestehende Kooperationen festigen und weiterentwickeln		
Interkantonale Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich	Die interkantonale Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich wird in bewährten Rahmen fortgeführt. Die interkantonale Zusammenarbeit findet neben einem fallbezogenen Austausch schwergepunktartig in den Konferenzen und Arbeitsgruppen der Ostschweizer Polizeikonkordats «Ostpol» statt.	Die Kommandanten der Bodenseeanrainerstaaten treffen sich zu regelmässigen Austausch. Im Ostpol werden engere Zusammenarbeitsformen gesucht und auch umgesetzt (Taucherwesen wurde im Ostpol zusammengelegt, so dass nicht jede Polizei eine eigene Tauchgruppe benötigt).
Neustrukturierung Asylbereich	Die Neustrukturierung im Asylbereich ist eingeführt. Das neue System muss sich sowohl im Tagesgeschäft wie auch im Krisenfall bewähren. Einerseits wird aufgrund des absehbaren Zentrumswechsels – Schliessung des Zentrums Landegg und Eröffnung gegebenenfalls des Zentrums Sonnenblick in Walzenhausen – die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Kanton Appenzell Ausserrhoden auf eine neue Basis gestellt und andererseits wird die Kooperationsbereitschaft der anderen Kantone der Asylregion Ostschweiz in Bezug auf die Unterstützung im Wegweisungsvollzug aus den beiden Bundeszentren in Altstätten und Kreuzlingen in Ausnahmefällen auf die Probe gestellt werden.	Mit dem Kanton Appenzell Ausserrhoden wurde ein neuer Zusammenarbeitsvertrag zur Führung des gemeinsamen Asylzentrums mit Integrationscharakter «Sonnenblick» in Walzenhausen vereinbart. Das Zentrum ist seit dem Jahr 2021 in Betrieb. Die OJPD hat die Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Wegweisungsvollzug zwischen den Kantonen der Ostschweizer Asylregion (AR, AI, GL, GR, SG, SH, TG) im Jahr 2018 vereinbart.
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bewältigung von Katastrophen	Im Bereich des Bevölkerungsschutzes wird die Zusammenarbeit innerhalb der IBK getestet. Bis zum Jahr 2022 sind Übungen mit Stäben wie auch mit Einsatzkräften der deutschen Bundeswehr, des österreichischen Bundesheeres und	Der Mechanismus zur gegenseitigen Unterstützung kam erstmals im Rahmen der Covid-19-Krise zum Tragen. Es wurden ein gemeinsames Lagebild erarbeitet und verbreitet sowie Massnahmen abgestimmt. Die vorgesehenen

³⁶ Abrufbar unter: https://www.sg.ch/politik-verwaltung/regierung/planen-und-steuern/strategie-zum-schutz-vor-cyber-risiken/_jcr_content/Par/sgch_downloadlist/DownloadListPar/sgch_download.ocFile/7.2_Beilage%20St.Gal-ler%20Strategie%20zum%20Schutz%20vor%20Cyber-Risiken.pdf.

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen	der Schweizer Armee vorgesehen. Überdies ist geplant, ein interkantonales Element des Zivilschutzes aufzubauen, um die Ortung und Rettung von Verschütteten bei Erdbeben, Hauseinstürzen, Lawinen, Erdbeben oder ähnlichen Ereignissen zu ermöglichen.	Übungen sind für die Jahre 2024, 2025 und 2026 geplant.
Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz	Das Programm «Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz» (HIS) wurde im Jahr 2014 von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) lanciert und wird in den kommenden Jahren laufend weiterentwickelt.	Das HIS-Programm besteht aus verschiedenen Services, insbesondere aus: <ul style="list-style-type: none"> – Informatik-Standards der Strafjustizkette: aktuell Studie «Redesign eCH-0051»; – Informationssystem Justizvollzug (IS-JV): seit 2022 in Umsetzung; – eJustizvollzugsakte (eJVAkte): Initialisierung im Jahr 2023.
Justitia 4.0	Das Projekt «Justitia 4.0» wurde im Jahr 2018 gestartet und ist ein Projekt im Rahmen von HIS. Der Abschluss ist für das Jahr 2026 vorgesehen. «Justitia 4.0» ist ein gemeinsames Projekt der Gerichte des Bundes, der Bundesanwaltschaft, des Bundesamtes für Justiz (BJ), der Gerichte in den Kantonen, der Staatsanwaltschaften, des Justizvollzugs, der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter und des Schweizerischen Anwaltsverbands mit der Vision der elektronischen Aktenführung (E-Justizakte) und des elektronischen Rechtsverkehrs.	Der elektronische Rechtsverkehr sowie die Akteneinsicht werden in Zukunft über die zentrale Justizplattform «Justitia.Swiss» erfolgen. Der Pilotbetrieb von «Justitia.Swiss» ist ab dem Jahr 2024 geplant, im Verlauf des Jahres 2025 wird voraussichtlich die Übergangsphase in den Vollbetrieb starten. Die «E-Justizakte» ist Voraussetzung, damit der elektronische Rechtsverkehr und die elektronische Akteneinsicht über die Plattform «Justitia.Swiss» möglich werden. Planung Pilot und Einführung analog «Justitia.Swiss».
Zusammenarbeit in der Planung der Gesundheitsversorgung	Für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende, zeitgemässe und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung ist eine interkantonale Planung von grosser Bedeutung. Der Kanton St.Gallen unterstützt die interkantonale Zusammenarbeit und will diese künftig weiter fördern. Anzustreben ist eine Spitalplanung, die auf einer kantonsübergreifenden Versorgungsregion aufbaut.	Die drei Kantone SG, AI und AR werden erstmals ihre Spitalplanung gemeinsam angehen. Eine erste Zusammenarbeit erfolgt im Bereich Akut-somatik. Zudem besteht die Absicht, in den folgenden Jahren in den Bereichen Rehabilitation und Psychiatrie eine gemeinsame Planung zu erstellen.

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen		
Prävention «StoppSturz»	Mit dem Präventionsprojekt «StoppSturz» sollen Multiplikatoren der gesamten Versorgungskette der Kantone St.Gallen, Bern, Graubünden und Jura befähigt werden, Personen mit erhöhtem Sturzrisiko zu erkennen, abzuklären und adäquat zu behandeln bzw. angemessenen präventiven Massnahmen zuzuführen. Die Projektleitung liegt beim Kanton St.Gallen.	Das Projekt «StoppSturz» wurde in den Jahren 2019 bis 2022 in den fünf Kantonen im Rahmen von kantonalen Projekten umgesetzt. ³⁷
Kinder im Gleichgewicht	Das Interreg-Projekt «Kinder im Gleichgewicht» hat das Ziel, in der Bodenseeregion die psychische Gesundheit von Kindern zu fördern, psychischen Erkrankungen bei Kindern entgegenzuwirken, bestehende Angebote über die Grenzen hinweg zu vernetzen und die Zusammenarbeit im Bereich psychische Gesundheit zu verbessern.	Im Rahmen des Projekts «Kinder im Gleichgewicht» werden eine Reihe von Projekten und weitere Angebote für die Gesundheit der Kinder umgesetzt. ³⁸
Kulturförderstrategie 2020–2027	Im Rahmen der Kulturförderstrategie 2020–2027 (23.19.03) ist geplant, die Aktivitäten im Rahmen der bewährten Beziehungen innerhalb der Ostschweiz, der Schweiz, des Bodenseeraums sowie dem weiteren deutschsprachigen Raum zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die bewährten gemeinsamen Förderprogramme (Heimspiel, Tanzplan Ost) sind den kulturellen Entwicklungen entsprechend à jour zu halten. Die neueren Förderprogramme (Buch und Literatur Ost+, Textiles in der Ostschweiz) werden in der Realisierung begleitet, evaluiert und überprüft. Auch künftig sind interkantonale Zusammenarbeiten anzustreben, wenn die Kooperation die Wirksamkeit der Förderung erhöht und zugleich die Kultur mit st.gallischem Bezug stärkt.	Neben den bewährten Formaten der internationalen (IBK) und interkantonalen (KBK-Ost) Zusammenarbeit im Bereich der Kultur – St.Gallen war z.B. Gastgeber der IBK-Förderpreisverleihung «Textile Materialien» im Jahr 2021 – werden v.a. auch projekt-/programm-basierte Kooperationen gepflegt. So wurde das Konzept «Textiles in der Ostschweiz» in Zusammenarbeit mit den Kulturämtern AR und TG in das Programm «TaDA – Textile and Design Alliance» überführt. Das internationale, triennale Kunstaustellungsformat «Heimspiel» findet das nächste Mal Ende 2024 statt. Daneben wird das interkantonale Kulturvermittlungsplattform «kklick» laufend mit Angeboten erweitert. Der «Tanzplan Ost» soll gemäss Entscheid der Kultur-

³⁷ Abrufbar unter <https://zepra.info/news-detail/projektabschluss-stoppsturz>.

³⁸ Abrufbar unter <https://zepra.info/kinder-im-gleichgewicht>.

Titel	Beschreibung	Stand der Umsetzung
Politische Netzwerke pflegen		beauftragten-Konferenz Ost (KBK-Ost) per Ende 2026 nicht verlängert werden. Der Wert der gemeinsamen Förderprogramme ist aber unbestritten Die Evaluation neuer gemeinsamer Förderprogramme wurde lanciert.

Anhang 2: Steckbrief Gremien

Gremium	Mitglieder	Gründung	letzter Vorsitz SG	nächster Vorsitz SG	Governance
IBK	9 Kantone / Bundesländer aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (Zürich, Schaffhausen, Baden-Württemberg, Thurgau, St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Vorarlberg, Bayern) sowie das Fürstentum Liechtenstein	1972	2021	2031	Die Regierungschefkonferenz dient zur Festlegung der strategischen Schwerpunkte, der Projekte und des Budgets. Der Ständige Ausschuss ist das operative Organ. Darin sind die obersten Mitglieder aus den Verwaltungen der Mitgliedsländer und Mitgliedskantone vertreten. Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der IBK und setzt Kommissionen oder Arbeitsgruppen ein. Sieben Fachkommissionen: Bildung, Wissenschaft und Forschung; Kultur; Umwelt; Verkehr; Wirtschaft; Gesundheit und Soziales; Öffentlichkeitsarbeit. Diese dienen der Umsetzung von Projekten.
Arge Alp	10 Provinzen / Kantone / Bundesländer / Regionen aus Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz (Bayern, Graubünden, Lombardei, Salzburg, St.Gallen, Südtirol, Tessin, Tirol, Trentino, Vorarlberg)	1972	2023	2033	Die Konferenz der Regierungschefs ist das oberste Organ. Sie berät über gemeinsame Anliegen und legt ein Arbeitsprogramm fest. Der Leitungsausschuss sorgt für die Vorbereitung der Konferenzen und die Durchführung der Beschlüsse. Die Projektgruppen werden für die Umsetzung eingesetzt.
EUSALP	7 Länder (Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich, Fürstentum Liechtenstein, Slowenien, Schweiz)	2015	2023 Schweiz		Die General Assembly bestimmt die politischen Richtlinien für die Strategie. Das Executive Board bereitet Vorschläge für die Umsetzung der Strategie vor und kontrolliert die Umsetzung in den Projektgruppen. Die Action Groups werden für die Umsetzung eingesetzt.

Gremium	Mitglieder	Gründung	letzter Vorsitz SG	nächster Vorsitz SG	Governance
Interreg	4 Länder (Deutschland, Österreich, Fürstentum Liechtenstein, Schweiz)				Der Lenkungsausschuss ist für die Auswahl der Projekte zuständig. Der Begleitausschuss ist das oberste Entscheidungsorgan und dient der Begleitung der Durchführung des Interreg-Programms.
KdK	alle 26 Kantone	1993	2017–2020 ³⁹		Die Plenarversammlung ist das oberste Entscheidungsorgan und beschliesst alle politischen Geschäfte. Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan und bereitet die Geschäfte der Plenarversammlung vor.
ORK	7 Kantone (Glarus, Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, St.Gallen, Graubünden, Thurgau)	1996	2016–2018		Die Plenarkonferenz behandelt die Geschäfte und ist eine Plattform für den informellen Austausch. Der Leitende Ausschuss setzt die politischen Themen und Schwerpunkte und ist für die Strategieentwicklung verantwortlich.
Metropolitankonferenz Zürich	8 Kantone (Zürich, Zug, Thurgau, St.Gallen, Schwyz, Schaffhausen, Luzern, Aargau) und 110 Städte / Gemeinden	2009	2023–2025 ⁴⁰		Die Metropolitankonferenz – zusammengesetzt aus Kantonskammer und Städte-/Gemeindekammer – ist das oberste Organ. Sie beschliesst die Projekte des Aktionsprogramms und verabschiedet das Budget. Der operative Ausschuss plant die Aktivitäten des Vereins und bereitet die Entscheidungsgrundlagen vor. Der Metropolitanrat ist das Steuerungsorgan und vertritt den Verein nach aussen.
Metropolitanraum Bodensee	25 Organisationen aus Politik und Wirtschaft, darunter die Regierungen der Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden	2020	2020–2024 ⁴¹		Das Board ist verantwortlich für die Strategie und die operative Führung. Das Forum greift zentrale Themen mit Bezug zu metropolitanen Funktionen auf und trägt zur Formulierung von Strategieansätzen bei.

³⁹ Benedikt Würth, seinerzeit Regierungsrat des Kantons St.Gallen, amtierte als Präsident der KdK (und als Vertreter der ORK im Leitenden Ausschuss).

⁴⁰ Regierungsrat Marc Mächler ist Präsident der Regierungskonferenz der Metropolitankonferenz Zürich.

⁴¹ Regierungsrätin Susanne Hartmann leitet das Board des Metropolitanraums Bodensee.